

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis Mfr. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Stelbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Westseite oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Der Deutsche Holzarbeiterverband im Jahre 1908.

Während das Jahr 1907 unter dem Zeichen des gewaltigen Lohnkampfes stand, den unser Verband zu führen hatte, jener uns von den Unternehmern aufgezwungenen Nachtprobe, die wir glänzend bestanden haben, hat dem Jahre 1908 die wirtschaftliche Krisis ihren Stempel aufgedrückt. Schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 ist die Geschäftslage stark abgeflaut und das Jahr 1908 war ein ausgesprochenes Krisenjahr.

Die schlechte Geschäftslage hat aber unsere Lohnbewegungen nicht zum Stillstand gebracht. Zwar ist die Zahl der Angriffsstreiks erklüchtlicher Weise zurückgegangen, aber die sinkende Konjunktur tänte, wenn wir keinen anderen Maßstab dafür hätten, schon in der rapid gestiegenen Zahl der Abwehrstreiks zum Ausdruck. Zur allgemeinen Handlung es sich aber im Jahre 1908 um kleinere Kämpfe, so daß, wenn auch die Gesamtzahl der geführten Streiks an die des Vorjahres nahezu heranreicht, doch die Zahl der Beteiligten und die Kosten der Streiks weit hinter denen des Jahres 1907 zurückbleiben, wie aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlich ist.

	1907	1908
Zahl der Angriffsstreiks	141	55
Beteiligte Personen	6 924	2 028
Zahl der Abwehrstreiks	78	153
Beteiligte Personen	1 318	3 476
Zahl der Aussperrungen	49	52
Beteiligte Personen	18 377	8 729
Zahl der Lohnbewegungen ohne Streik	475	181
Beteiligte Personen	30 836	22 833
Gesamtkosten der Lohnkämpfe (Mark)	3 123 344	423 075

Mit den durch die Lohnkämpfe des Jahres 1908 erzielten Erfolgen können wir in Anbetracht der Verhältnisse durchaus zufrieden sein. Es erreichten 6078 (im Vorjahr 21 664) Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit um durchschnittlich 1,9 (2,6) Stunden pro Woche und 19 558 (44 360) Kollegen eine Lohnerhöhung von durchschnittlich pro Mann 1,09 (1,45) Mfr. pro Woche oder 57 (75) Mfr. im Jahr. Das sind aber nur die sofort in Kraft tretenden Erfolge. In den abgeschlossenen Verträgen ist außerdem vorgesehen, daß an bestimmten späteren Terminen für 9988 Kollegen eine weitere Arbeitszeitverkürzung um 1,13 Stunden pro Woche und für 9394 Kollegen eine Lohnerhöhung um durchschnittlich 1,24 Mfr. pro Woche in Kraft tritt.

So wertvoll die im Krisenjahr errungenen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen auch sind, so brühen doch vornehmlich die Leistungen der Unterstützungseinrichtungen dem Verbandsjahr 1908 ihr Gepräge auf. Es sind ganz ungeheure Summen, welche unser Verband an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung ausgegeben hat. Die Arbeitslosenunterstützung erfuhr gegen das Vorjahr eine Steigerung um 96,1 Proz., sie hat sich also beinahe verdoppelt und auch die Krankenunterstützung, die erst seit dem 1. Juli 1907 zur Auszahlung gelangt, hat eine ganz rapide Steigerung erfahren. Ebenso wie die Hauptkasse haben auch die Lokalkassen bedeutende Summen für Unterstützungszwecke ausgegeben. Die Gesamtleistung unserer Organisation an Unterstützungen spiegelt sich in folgender Zusammenstellung.

Es wurden ausgegeben:

	Aus der Hauptkasse	Aus der Lokalkasse	Insgesamt
	Mark	Mark	Mark
Für Reiseunterstützung	143 394	25 886	169 280
Arbeitslosenunterst.	983 605	475 405	1 409 010
Streikunterstützung (einschl. Streiks anderer Gewerkschaften)	273 428	161 527	434 955
Krankenunterstützung	599 312	265 969	865 281
Gemahregeltemunterst.	58 063	22 596	75 659
Sterbegeld	47 182	—	47 182
Umzugsunterstützung	36 833	—	36 833
Wohlfühlunterstützung	8 784	76 301	85 085
Zusammen	2 095 601	1 027 684	3 123 285

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat also im Jahre 1908 insgesamt an Unterstützungen 3 123 285 Mark ausgegeben. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 143 125, somit kommt auf den Kopf des Mitgliedes im Jahresdurchschnitt ein Unterstützungsbetrag von 21,82 Mfr. Dieser Betrag ist ein glänzendes Zeugnis für die Leistungsfähigkeit unserer Organisation. Haben wir im Jahre 1907 die Probe auf unsere Kampfstärke abgelegt, so haben wir im Jahre 1908 den Beweis erbracht, daß wir auch den außerordentlichen Anforderungen an unsere Unterstützungseinrichtungen gewachsen sind. Dabei dürfen wir aber nie außer acht lassen, daß trotz unserer großartigen Leistungen auf dem Gebiete des Unterstützungswesens, dieses immer nur ein Mittel zum Zweck bleibt. Und so haben unsere Unterstützungen auch im Jahre 1908 gewirkt. Höher noch als die materielle Hilfe, die den notleidenden Kollegen gewährt wurde, ist die moralische Bedeutung der Verbandsunterstützung zu veranschlagen. Vielen Verbandsmitgliedern ist über die schlimmste Zeit hinweggeholfen worden, sie haben erfahren, wie wertvoll die Zugehörigkeit zur Organisation ist, und die Hoffnung ist berechtigt, daß sie, wenn es gilt, fest und treu zum Verband stehen werden.

Betrübend bleibt bei alledem die Tatsache, daß der Verband im Jahre 1908 wiederum einen Mitgliederverlust erlitten hat. Die Mitgliederzahl ist von 147 492 am Schlusse des Jahres 1907 auf 144 259 zurückgegangen, das bedeutet einen Verlust von 3 233 Mitgliedern oder 2,1 Proz. Die Gründe für den Mitgliederabgang sind an dieser Stelle schon des öfteren erörtert worden, so daß wir heute darauf verzichten können, noch einmal näher darauf einzugehen. Immerhin läßt sich eine kleine Besserung konstatieren, denn im Jahre 1907 betrug der Mitgliederverlust 4225 oder 2,8 Proz. Inzwischen hat die intensivere Agitation und die leise Besserung der Konjunktur, die sich da und dort bereits zu zeigen beginnt, auch angefangen, sich im Mitgliederstand wiederzu spiegeln. Unsere Mitgliederzahl beginnt sich wieder zu heben und die Hoffnung ist begründet, daß das laufende Jahr uns eine Steigerung bringt.

Wenn wir auch berechtigt sind zu erwarten, daß der Abschluß für das laufende Jahr uns in bezug auf die Mitgliederzahl ein befriedigendes Bild zeigen wird, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß wir alle Kräfte anspannen müssen, um vorwärts zu kommen. Noch läßt sich nicht übersehen, ob die Besserung in der Wirtschaftslage, die sich ankündigt, auch die Hoffnungen, die darauf basieren, unter allen Umständen abzuwehren in der Agitation nicht erlahmen werden. Unsere große Frühjahrsagitation hat uns manche Erfolge gebracht, sie hat viele schlummernde Kräfte aufgeweckt. Jetzt muß daran gedacht werden, die ausgestreuten Samenkörner zu hegen und zu pflegen, auf daß sie uns reichlich Früchte bringen.

Erfreulicherweise können wir feststellen, daß die von manchem im stillen gehegten Befürchtungen, ob wohl unsere Kräfte, nach dem starken Abbruch im vorigen Jahre, imstande sein werden, dem starken Ansturm der Unterstützungsfordernden Mitglieder im Krisenjahr standzuhalten, sich als unangelegentlich erwiesen haben. Trotz der gewaltigen Unterstützungsbeträge, die ausgegeben werden mußten, hat sich das Vermögen des Verbandes gehoben. Der Kassenbestand der Hauptkasse ist um 97 249 Mfr. gestiegen und das Vermögen des Verbandes beträgt einschließlich der Bestände in den Gau- und Lokalkassen 3 147 607 Mfr.

Dieser Vermögensbestand gewährt uns ein gewisses Sicherheitsgefühl. Wir dürfen uns aber darüber nicht täuschen, daß uns noch große Kämpfe bevorstehen, die ungeheure Ansprüche an die finanzielle Leistungsfähigkeit unseres Verbandes stellen werden. Unsere Gegner haben die Hoffnung noch nicht aufgegeben, den Deutschen Holzarbeiterverband müde zu bekommen, so oft sie auch bei den dahinjulenden Verjahren den kürzeren gezogen haben. Wollen wir den Kämpfen vorbeugen und uns auf friedlichem Wege eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erringen, dann müssen wir unsere Organisation so ausbauen, daß sie den Unternehmern in jeder Beziehung imponiert. Ein schlagfertiges Heer von organisierten Kollegen und ein wohlgefüllter Kassenbehälter in der Verbandskasse, das sind die besten Garantien des gewerblichen Friedens. Wir sind auf dem Wege, uns diese Garantien zu schaffen, aber es bedarf der fleißigsten Arbeit jedes einzelnen, um das Ziel, das wir uns gestellt haben, zu erreichen. Und so möge auch der Rechnungsabschluss für das Jahr 1908 als ein erneuter Anreiz wirken zu unermüdlicher Agitation.

Der Kampf mit dem „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ in Rheinland-Westfalen.

Gr. Die bedeutendste Arbeitgeberorganisation der Holzindustrie ist heute der „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ (Machardtsche Richtung), der auch als Gegenkontrahent für die meisten Verträge in Betracht kommt, welche unsere Organisation abgeschlossen hat. Außer diesen Verträgen gibt es noch eine Anzahl, welche mit örtlichen Arbeitgeberorganisationen, Zünften und dem „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ vereinbart wurden. In der Regel wird heute schon vom „Arbeitgeberbund“, wie wir die letztgenannte Organisation kurz bezeichnen wollen, anerkannt, daß das Holzgewerbe in neuerer Zeit mit dem eigentlichen Baugewerbe wenig zu tun hat. Nur in den großen Industriezentren, wo weniger auf Sorgfalt als auf Massenerzeugung der Bauten gesehen wird, finden wir, daß die Bauunternehmer auch die Schreinerarbeiten noch zum Teil in eigenen Werkstätten oder direkt in den Bauten herstellen lassen. In den übrigen Gegenden Deutschlands wird mehr Wert auf gediegene Arbeit gelegt und die Folge davon ist, daß die Schreiner nicht mehr als Nebenbetrieb existiert, sondern in die Hände fachmännisch gebildeter Innhaber übergegangen ist. Wenn diese nun auch zum Teil von Bauunternehmern abhängig sind, so arbeiten sie aber zum großen Teil für andere Kundschaft und sind nicht in allen Fällen auf Gnade oder Ungnade den Launen der Machtkritiken des Baugewerbes ausgeliefert. Fast überall haben die Tischlermeister darum auch die lästige Bevormundung des „Arbeitgeberbundes“ abgeschüttelt und gehen auch in der Tariffrage ihre eigenen Wege.

Anders liegen die Dinge in dem Industriegebiet in Rheinland-Westfalen. Dort herrscht der Arbeitgeberbund mit einer Annahmung und Willkür wie nirgends, ausgenommen vielleicht an der Unterweser, einigen Orten des Elbs und wenigen anderen Plätzen Deutschlands. Der „Arbeitgeberbund“ duldet neben sich keine andere Arbeitgeberorganisation, wenigstens dürfen diejenigen Tischlermeister in Westfalen, welche von Bundesmitgliedern abhängig sind, sich nur dem Bunde anschließen. Wenn sie dennoch besondere Organisationen bilden, müssen sie damit rechnen, wirtschaftlich ruiniert zu werden; sie erhalten keine Aufträge mehr. Hierauf ist es vornehmlich zurückzuführen, daß der Machardtsche Schutzverband einen nennenswerten Einfluß in Westfalen bisher nicht gewinnen konnte. Und in den Städten, wo der Schutzverband eine größere Anzahl Mitglieder hatte, wurde es diesen direkt untersagt, eigene Verträge mit dem Holzarbeiterverband abzuschließen. Wir wollen nur daran erinnern, daß kurz vor den Leipziger Verhandlungen die Arbeitgeber in Dortmund dem Beauftragten des Vorstandes des Schutzverbandes, Herrn Jobbe, der mit unserem Kollegen Weyer zu Ortsverhandlungen nach Dortmund kam, telefonisch erklärten: „Wir können nicht verhandeln, der „Arbeitgeberbund“ will es nicht.“ Man ließ Herrn Jobbe einfach sitzen, ohne sich weiter um ihn zu kümmern. Die Essener Arbeitgeber waren in Leipzig vertreten, doch durften dieselben den dort gefällten Schiedsspruch nicht anerkennen, weil der „Arbeitgeberbund“ dieses einfach untersagte. Man will nicht, daß Verträge von anderen Arbeitgeberorganisationen abgeschlossen werden. Man kann es dem Holzarbeiterverbande gleichgültig sein, mit wem die Verträge abgeschlossen werden, die Hauptsache ist, daß diese den Kollegen Vorteile bringen und daß die Arbeitgeberorganisation die Garantie der Einhaltung der Verträge bietet.

In den Jahren 1905, 1906 und 1907 wurden in den Orten Welsenkirchen, Wanne, Hagen, Gafpo, Dortmund, Essen, Gerne, Mülheim (Ruhr) und Gladbeck Verträge mit dem „Arbeitgeberbund“ abgeschlossen, die unseren Kollegen sowohl bezüglich der Löhne wie der Arbeitszeit nennenswerte Verbesserungen brachten. Die Verträge bekamen als Ablaufstermin sämtlich den 30. April 1908. Eine Kündigung war nicht vorgesehen. Am 3. Februar 1908 wurden die beteiligten Organisationen von dem damaligen Beigeordneten der Stadt Essen, Herrn Dr. Wiedefeld, zu Verhandlungen zwecks Erneuerung der Verträge nach dem Rathaus in Essen eingeladen. Diese Verhandlungen fanden am 20. Februar statt. Außer den Arbeitgeberorganisationen des Holzgewerbes waren die Organisationen der Maurer, Zimmerer, Bauarbeiter, Dachbeder, Stuckateure usw. eingeladen. Man verlangte seitens der Unternehmer einen Bezirksvertrag für alle bei Bauten in Frage kommenden Berufe, den die beteiligten Organisationen gemeinsam abschließen und garantieren sollten. Wir haben schon in dieser ersten Zusammenkunft den Unternehmern ganz deutlich gesagt, daß wir bereit sind, Ortsverträge abzuschließen

für die Orte, wo der Bund eine nennenswerte Organisation hat, daß wir einen Bezirksvertrag ablehnen und, daß wir es ablehnen müssen, einen gemeinsamen Vertrag mit den Organisationen der Arbeiter des Baugewerbes abzuschließen. Wenn man mit uns über Ortsverträge verhandeln wolle, seien wir dazu bereit, in anderen Fällen möge man sich die Zeit sparen. Herr Friß-Essen, der Vorsitzende des Arbeitgeberbundes, maß unsere Vertreter damals mit einem mitleidigen Lächeln und erklärte: „Die Schreiner kommen mit unter den Vertrag für das Baugewerbe und wenn sie dazu nicht freiwillig die Zustimmung geben, werden sie dazu gezwungen und damit basta!“

Weil technisch eine Verhandlung über die verschiedensten Berufsfragen nicht möglich, wurde damals die Verhandlung über die Vertragsfrage der Schreiner vertagt, während die Vertragsverhandlungen für das eigentliche Baugewerbe fortgesetzt wurden. Diese sind ja dann auch im Sommer und Herbst 1908 zu Ende geführt und haben mit dem Abschluß eines Bezirksvertrages geendet.

Nachdem der Arbeitgeberbund diese Arbeiterkategorie in ein Vertragsverhältnis gebracht, wiederholte er den Versuch auch bei den Schreimern. Wieder war es das Einigungsamt für das Baugewerbe in Essen, welches neue Verhandlungen einleitete. Der Arbeitgeberbund wollte jetzt nicht allein diejenigen Orte unter einen Bezirksvertrag bringen, wo die Verträge bereits abgelaufen, sondern man war so „bescheiden“ zu verlangen, daß alle in dem Bezirk noch laufenden Verträge sofort aufgehoben und unter den allgemeinen Vertrag fallen sollten. Weiter sollten die Arbeiterorganisationen sich verpflichten, alle Orte, wo es in Zukunft zum Vertragsabschluß kommen würde, diesem Bezirksvertrag einzuverleiben. Man war aber auch unerschämmt genug, den Arbeiterorganisationen zuzumuten, einen solchen Vertrag abzuschließen ohne jede Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit.

Der Bezirksvertrag wurde auch jetzt wieder von den Arbeitervertretern abgelehnt, was der damalige Essener Gewerkschaftsvorsitzende nicht verstehen konnte und auch dem jetzigen will immer noch nicht das Verständnis für die Stellungnahme der Arbeiterorganisationen zu dieser Frage kommen. In der Frage der Arbeitszeit erklärten die Vertreter des Arbeitgeberbundes, daß die 60stündige Arbeitszeit als die „normale Arbeitszeit“ auch für das Holzgewerbe anerkannt werden müsse. Bemerkte sei, daß in Dortmund, Hagen und Essen bereits die 60stündige Arbeitszeit vorhanden war und für Essen durch den Leipziger Schiedsspruch die 54stündige zugestanden wurde. Man wollte es seitens des Arbeitgeberbundes als besonderes Zugeständnis angesehen wissen, wenn in diesen Orten die kürzere bis dahin vorhandene Arbeitszeit auch weiter bestehen bleiben würde. Unsere Einwendungen, daß im übrigen Deutschland für die Städte gleicher Größe bereits eine kürzere Arbeitszeit vorhanden sei, begegneten tauben Ohren. Der Hinweis auf die „Grundsätze zur Staffelung der Arbeitszeit in den deutschen Städten“, welche auch vom „Arbeiterbeschutzbund“ anerkannt wurden, nützte nichts. Man wollte den nachfolgenden Passus aus den Grundsätzen für das Industriegebiet nicht gelten lassen:

„Nachdem in den meisten größeren Industrieorten bereits der Neunstundentag eingeführt ist, in den Großstädten eine noch kürzere als die 54 stündige wöchentliche Arbeitszeit, und in den namhaften mittleren Orten fast allgemein eine Maximalarbeitszeit von 57 und weniger Stunden pro Woche schon besteht, ist es als nächstes Ziel der geplanten Städteinteilung anzustreben, die Höchstdauer der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe baldmöglichst auf 9 1/2 Stunden pro Tag zu beschränken und eine Maßifizierung in dem Sinne in Aussicht zu nehmen, daß die normale vertragliche Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe in abschbarer Zeit auf 9 Stunden pro Tag festgesetzt wird, wie dieselbe zum Beispiel im Wuchrudergerwerbe bereits seit Jahren vertraglich vereinbart ist.“

8. Daß in den Großstädten mit ihrer großen räumlichen Ausdehnung und den weiten Entfernungen von den Arbeiterwohnungen zur Arbeitsstätte auch in Zukunft eine kürzere als die normale Arbeitszeit besteht, muß nach wie vor als berechtigt anerkannt werden.“

Besonders Herr Siebel-Düsseldorf, welcher früher einer Staffelung der Arbeitszeit nach diesen Grundsätzen recht günstig gesinnt war, fühlte sich berufen, den Neunstundentag für die Holzindustrie zu verteidigen. Er verirrte sich dabei derart, daß man den früheren Herrn Siebel gar nicht wieder erkannte. Machte er sich doch die Argumente des zurückgebliebensten, verbohrtesten Zimmungsmeisters zu eigen, indem er sagte: „Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit darf nicht Maß greifen, weil:

1. die Arbeiter die freie Zeit zum Wirtshausbesuch benötigen würden;
2. die Arbeiter zu Hause arbeiten, teilweise sogar mit dem Material des Arbeitgebers und diesem dadurch Konkurrenz machen und
3. weil der Arbeiter sich dann noch mehr mit Politik beschäftigen würde.“

Der Vorsitzende des Bundes, Herr Friß, machte es sich dagegen leichter, er stürzte sich noch nicht einmal in solche geistige Anstrengungen wie Herr Siebel, sondern erklärte: „Meine Herren, sparen sie sich doch die Begründung, der Bund will eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit nicht, damit ist diese Frage erledigt!“

Ähnlich verhielt man sich gegenüber den Wünschen der Arbeiter in bezug auf Lohnerhöhung. Die Löhne in dem Gebiet seien schon jetzt beärglich hoch, daß von Lohnzulagen während des Vertrages keine Rede sein könne. Doch

ließ man sich schließlich noch herbei für den einen und anderen Ort eine Lohnerhöhung von einem Pfennig zuzugestehen. Verlangte aber als Ablaufstermin des Vertrages den gleichen, der im Baugewerbe bereits vereinbart, 1. April 1910, was die Arbeitervertreter wiederum ablehnten. Der Vertragsentwurf der Arbeitgeber enthielt ferner Bestimmungen, die seitens der Arbeiter nicht anerkannt werden konnten. Alle diese räumten den Arbeitgebern Rechte ein, während man den Arbeitern nur Pflichten auferlegen wollte. Der Vogel wurde abgeschossen durch den sogenannten „Agitationsparagrafen“, der folgenden Wortlaut hat:

„Das Zusammenarbeiten mit anders oder nicht organisierten Arbeitern auf ein und derselben Arbeitsstätte darf nicht beanstandet werden. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Die Zugehörigkeit zu einer Organisation darf kein Grund zur Entlassung sein, ebensowenig darf der Austritt aus einer Organisation vom Meister verlangt werden. Jegliche Agitation während der Arbeitszeit ist verboten. Anders oder nicht organisierte Arbeiter dürfen in den Pausen vor und nach der Arbeitszeit auf der Arbeitsstätte nicht beschäftigt werden. Als Belästigung gilt, wenn ein Arbeiter wegen seiner Organisationszugehörigkeit gefragt, sich dieses verbeten hat und diesfalls auf neue angesprochen wird.“

Die Verhandlungen scheiterten und die Arbeitgebervertreter kündigten an, daß sie nunmehr durch Aussperrung ihrem Willen Geltung verschaffen würden. Einige Zeit hörte man dann nichts weiter, doch rechneten die Arbeiterorganisationen mit dem Versuch einer Aussperrung im letzten Winter.

Wie vermutet, wurden im Monat Dezember neue Verhandlungen angebahnt, die ohne Zweifel als Vorbereitung zur Aussperrung angesehen werden mußten. Diese Verhandlungen, welche im Januar stattfanden, dauerten kaum eine Stunde und wurden dann resultatlos abgebrochen. Der „Arbeitgeberbund“ hatte inzwischen seine Ortsvertreter wiederholt beisammen gehabt, doch traute man sich nicht, die direkte Aussperrung zu beschließen. Man zögerte und zögerte, bis man endlich Ende Februar glaubte, das richtige Mittel gefunden zu haben, die Arbeiterorganisationen müde zu machen, sie in einen schweren Kampf zu verwickeln. In einer Bezirksversammlung des Bundes, welche Anfang März in Bochum stattfand, wurde beschlossen, eine zweimalige Lohnkürzung von je fünf Prozent einzutreten zu lassen und zwar in der Weise, daß die zweite Kürzung am 1. April durchgeführt sein sollte.

In den Orten, welche den Verträgen mit dem Arbeitgeberbund unterstellt waren, sind 2500-3000 Schreiner beschäftigt, während in dem ganzen Gebiet rund 5000 Schreiner in Frage kommen. Man kalkulierte nun seitens des Bundes dahin, wenn die Abzüge, die jeder Arbeitgeber in seinem Interesse macht, durchgeführt werden, müssen die Arbeiterorganisationen zur Abwehr schreiten und der Kampf ist im schönsten Gang, ohne daß man die Arbeitgeber zur Aussperrung zwingen müßte“. Man taxierte die Arbeitgeber seitens des „Bundes“ eben sehr niedrig ein; man hielt sie für so dumm, daß sie die Pläne des Bundes nicht durchschaute. Doch der Bund hat sich, wie so manches Mal schon, auch dieses Mal verrechnet. —

Die Maifeier.

Die diesjährige Maifeier fand die deutschen Arbeiter und speziell die Solzarbeiter in einer eigenartigen Situation. Seit Jahren hören wir die Diskussionen über die vorläufige Form, in welcher die Feier zu begehen ist. Es gibt einige Heißsporn, welche die Maifeier ganz beseitigt sehen möchten, aber man darf wohl sagen, daß das vereinzelte Ausnahmen sind. In der Hauptsache drehen sich die in sehr reichlichem Maße gepflogenen Auseinandersetzungen um die Frage, ob die Maifeier nur durch Arbeitsruhe würdig begangen werden kann, oder ob lediglich Abendveranstaltungen dem Zweck der Feier ebenfalls entsprechen.

In den führenden Gewerkschaftskreisen neigt man immer mehr der letzteren Ansicht zu und das ist sehr erklärlich. Ist es schon in Zeiten guten Geschäftsganges schwer, die Masse der Arbeiter zur Arbeitsruhe am 1. Mai zu bewegen, so stellen sich der Arbeitsruhe in Krisenzeiten fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Es ist nicht allein die Einbuße eines Tagesverdienstes, um welche es sich handelt, obwohl auch dieser Lohnausfall für viele Arbeiter schwer ins Gewicht fällt. Schwerwiegender sind die Maßnahmen, die von den Scharfmachern getroffen werden, um der Arbeitsruhe entgegenzuwirken. Würde es sich nur um den Verlust eines Tagesverdienstes handeln, dann könnte man allenfalls verlangen, daß die Arbeiterschaft dieses Opfer auf sich nimmt, des idealen Gedankens wegen, der sich in der Maifeier verkörpert. Anders aber ist es, wenn die Unternehmer die Maifeier zum Anlaß nehmen, eine große Zahl von Arbeitern tage- und wochenlang auszusperrn oder sie ganz zu entlassen.

Diese Opfer ihres Idealismus kann man unmöglich sich selbst überlassen. Es ist ein billiger Trost, zu sagen, wenn alle Arbeiter am 1. Mai feiern, dann werden den Unternehmern ihre Aussperrungsgefühle vergehen. Wenn wir erst so weit sind, dann werden wir über Fragen wie die vorliegende nicht mehr zu diskutieren brauchen. Aber leider sind wir noch lange nicht so weit, und so müssen wir schon unsere Taktik nach den gegenwärtigen Verhältnissen einrichten. Wollten die Gewerkschaften die Maiausgesperrten aus ihren Reihen unterstützen, dann würden an diese Anforderungen gestellt, denen sie nicht genügen können, ohne ihre wichtigsten Aufgaben zu vernachlässigen.

Zumal es ja die Unternehmer in der Hand haben, zu bestimmen, wie groß die Zahl der zu unterstützenden Ausgesperrten ist. Es ist schon oft genug ausgesprochen worden, daß die Gewerkschaftsführer im Aufspeichern von Geldern lediglich zu dem Zweck, um mit großen Vermögen zu prunken, ihr Ideal nicht sehen. Die Gelder der Gewerkschaften sind in erster Linie für Kampfszwecke bestimmt. Aber sie sollen nicht vergeudet werden; die Kämpfe, die wir führen, sollen uns auch praktische Erfolge bringen. Arbeitsstreitigkeiten, deren Zeitpunkt der Unternehmer bestimmt, sind aber für uns von vornherein wenig aussichtsreich. Deshalb suchen wir Kämpfe aus Anlaß der Maifeier nach Möglichkeit zu vermeiden.

In Krisenzeiten, wie gegenwärtig, kann die konsequent durchgeführte Arbeitsruhe von unabsehbaren Folgen für die einzelnen Gewerkschaften begleitet sein. Die Unternehmer sind übermütig, vielfach empfinden sie die Last der von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge recht schwer und sie suchen jede Gelegenheit wahrzunehmen, sich von dieser Last zu befreien. Der schleppende Geschäftsgang ermöglicht es ihnen, ihre Betriebe auf einige Zeit zu schließen, um dadurch die Arbeiter zu schikanieren. Am liebsten würden sie es sehen, wenn die Arbeiter die Aussperrung mit Forderungen beantworten würden, die ihnen ein Recht gäben, die Tarifverträge zu zerreißen. Diese Freude dürfen wir ihnen aber nicht bereiten, so sehr es auch den Wünschen mancher Kollegen entsprechen würde, die durch die Aussperrung in eine begreifliche Erregung geraten sind, welche es ihnen erschwert, die Konsequenzen ihres Tun zu überblicken. Daß es ein guter Zustand ist, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzustreben, ihre Durchführung aber von dem mehr oder weniger guten Willen des Gegners abhängig zu machen, wird niemand behaupten wollen. Es nützt uns nichts, uns darüber hinwegtäuschen zu wollen, die Macht, die Arbeitsruhe am 1. Mai zu erzwingen, geht uns heute noch ab.

Das Dilemma, in welchem wir uns befinden, fehlt auch in den Beschlüssen zur Maifeier wieder. Für uns Solzarbeiter gilt formell noch der Beschluß des Verbandstages von Köln, in welchem zunächst gesagt wird, daß die würdige Feier die Arbeitsruhe ist, und daß deshalb die Mitglieder verpflichtet werden, in diesem Sinne zu wirken. Dann wird den wegen der Arbeitsruhe Gemäßigteren Unterstützung in Aussicht gestellt, aber nur bei Erfüllung fest umschriebener Voraussetzungen. Tatsächlich entspricht diese Kölner Resolution den heutigen Verhältnissen nicht mehr. Das Mißbehagen mit dem herrschenden Zustand kam auf dem Verbandstag in Stettin im vorigen Jahre in recht drastischer Weise zum Ausdruck. Nur die Solidarität mit der Gesamtarbeiterchaft dürfte das Zustandekommen eines Beschlusses gehindert haben, der sich gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai richtet. Beschlossen wurde, den Kölner Beschluß so lange in Kraft zu lassen, bis ein definitives Abkommen in dieser Frage zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand geschaffen ist. Dieses Abkommen soll dann auch für unseren Verband als verbindlich anerkannt werden.

Inzwischen hat der Gewerkschaftskongress und der Parteitag getagt, aber eine Verständigung ist nicht erzielt worden. Zwar haben sich die Generalkommission und der Parteivorstand auf eine Formel geeinigt; da jedoch der Parteitag die Resolution in der vorgelegten Form nicht annahm, ist ein bindender Beschluß nicht zustande gekommen und die Frage steht wiederum auf dem alten Kiez. Das ist ein recht unbefriedigender Zustand, der die Stabilität der Feier unangenehm beeinflusst. Es wäre niemand zu wünschen, daß dieser Zustand der Ungewißheit so schnell wie möglich beseitigt wird.

Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß die Vereinbarung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission den Organisationen durchaus nicht so weitgehende Verpflichtungen auferlegt, wie es beispielsweise unsere Kölner Resolution den Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes gegenüber tut. Diese verpflichtet die Verbandsmitglieder, für die Arbeitsruhe zu wirken, während in der Vereinbarung von der Arbeitsruhe mit keiner Silbe die Rede ist. Sie legt nur den örtlichen Kommissionen die Pflicht auf, für eine würdige Feier Sorge zu tragen, wobei die örtlichen und beruflichen Verhältnisse sowohl als auch die Bestimmungen der Gewerkschaften und die Beschlüsse des Parteitages zu berücksichtigen sind.

Vor dem 1. Mai lagen diesmal die Dinge so, daß es schwer war, von der Zentralfstelle eine bestimmte Direktive zu geben. Ein unmittelbarer Anlaß, von der Arbeitsruhe abzuraten, wie das im Jahre 1907 geschehen ist, lag im allgemeinen nicht vor, auf der anderen Seite konnte aber auch von unserem Verband nicht im Sinne der Kölner Resolution für die Arbeitsruhe gewirkt werden, weil inzwischen der Stettiner Verbandstag unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, daß in der Arbeitsruhe nicht mehr die einzig würdige Form der Maifeier gesehen wird. Bei dieser Sachlage mußte es den Kollegen an den einzelnen Orten überlassen bleiben, unter Berücksichtigung ihrer speziellen Verhältnisse zu der Maifeier Stellung zu nehmen.

Die provokatorischen Aussperrungsdrohungen des Arbeitgeberbeschutzbundes dürften unsere Kollegen bei ihrer Beschlußfassung wenig beeinflusst haben. Wo man von der Arbeitsruhe Abstand nahm, hätte man das auch ohne die farbigen Plakate des Schutzverbandes getan. Trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit und trotz der Drohungen haben sich die Solzarbeiter in einer ganzen Reihe von Orten mit imponierenden Zahlen an der Maifeier beteiligt. Die Zahl der Teilnehmer an der Vormittagsfeier der Solzarbeiter in Berlin wird auf 16 000 geschätzt.

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Alt- wasser in Schlesien (Schmidgen), Arnswalde Wegener), Bochum, Buer, Dortmund, Duisburg, Eisleben (Döbler), Fried- land in Schlesien (Friedländer Holzwarenfabrik, Selsenkirchen, Goslar (Wagner), Ham- born, Hamburg, Helmstedt (Saalfeld), Herne, Holzwinden (Riemenscheibenfabrik Abbes u. Co.), Horst-Emscher, Kirchheim bei Heidelberg, Konitz, Lage in Lippe (H. Bütke), Meß (Oheim), Mülheim (Ruhr), München- aurach (Göb), Nürnberg, Deynhausen (Krahe, Droste), Ortelsburg, Schneide- mühl, Schwerte, Sensburg, Stolp in Pommern (Constantin Decker), Stralsund (Fischelmann), Uetersen in Holstein (Turn- gerätefabrik Fischer u. Co.), Wanne, Wer- nigerode a. S. (Krebs), Wildbad im Schwarzwald (Brachhold), Wrisshofen, Wien, Basel, Bern, Bebey in der Schweiz, Buda- pest, Amsterdam und Mondwolde in Holland.
 - Norbachern nach Eisleben (Busch, Wicht), Halle a. S. (Schmidt), Loitz, Mühlberg a. E. (Thiere), Schönebeck a. E., Wettin bei Halle a. S., Malmö in Schweden.
 - Knopfmachern nach Frankenhäusen a. Rhfth. (Voigt, Schneider).
 - Drechsler nach Gehlberg i. Thür. (Gartwig), Selsen- kirchen (Stauch), Kößchenbroda-Nieder- löbnitz (Miersch), Uetersen (Fischer u. Co.).
 - Polierer nach Selsenkirchen (Stauch), Leipzig (E. Gieser).
 - Nistlmachern nach Seifersdorf in Sachsen.

In Hamburg marschierten 4000 Holzarbeiter im Fest- zug, in Leipzig feierten 1800. Sehr zahlreich war auch die Beteiligung der Holzarbeiter an den Märschen in München und Nürnberg, aber auch in den Be- richteten aus sehr vielen anderen Städten wird hervor- gehoben, daß trotz der Aussperrungsandrohungen besonders die Holzarbeiter ein sehr starkes Kontingent zu den Mä- rschen stellten.

Die Herren vom Schutzverband haben, bis zu einem gewissen Grade wenigstens, ihre Aussperrungsdrohungen wahr gemacht. In Berlin und den Nachbarzahlstellen Niddorf, Weihensee, Schöneberg und Charlottenburg sind insgesamt 4028 Kollegen ausgesperrt. Das sind ja bei weitem nicht alle Märschenden, aber als Kraftleistung der Unternehmer ist das um so mehr anzuerkennen, als diese in nächsten Tagen eine Ausstellung von Wohnungseinrich- tungen eröffnen wollen, die jetzt noch sehr unfertig ist. Wie sie bei der Aussperrung mit ihren Arbeiten rechtzeitig fertig werden wollen, lassen wir ihre Sorge sein. In Leipzig sind zirka 600 Holzarbeiter ausgesperrt, in Hamburg etwa 700, in Nürnberg und München je zirka 800, in Rudenwalde 240, in Wolgast 180 usw. In Nürnberg befanden sich unsere Kollegen Ende April in Unterhandlungen mit den Unter- nehmern; es bleibt abzuwarten, welchen Einfluß die Aus- sperrung auf die Beilegung der Differenzen hat. In München bedeutet die Aussperrung einen eklatanten Tarif- bruch, mit welchem sich noch das Einigungsamt zu beschäf- tigen haben wird.

Die angegebenen Zahlen machen durchaus keinen An- spruch auf Vollständigkeit; sie sind wahllos den Zeitungs- berichten entnommen. Immerhin lassen sie erkennen, daß die Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai dem einzelnen sowohl als auch der Organisation gewaltige Opfer auf- erlegt. Opfer, die um so schwerer wegen, als ein materieller Erfolg durch sie nicht erzielt wird. Diese Ver- hältnisse machen es zu einer unabweisbaren Pflicht, so schnell wie möglich auf eine befriedigende Lösung der Mai- feierfrage bedacht zu sein. Wir wissen, daß es viele Kol- legen gibt, denen die Arbeitsruhe am 1. Mai so ans Herz gewachsen ist, daß ihnen ein Verzicht auf sie als eine Ent- weihung des Maifeiergedankens und ein Verstoß gegen die Arbeiter-solidarität erscheint. Noch viel größer ist aber die Zahl derer, die einst mit Begeisterung der Verkündung des Weltfeiertages entgegenjubelt haben, die jedoch im Laufe der Jahre zu der Ueberzeugung gekommen sind, es nicht verantworten zu können, die Arbeitsruhe mit allen ihren Konsequenzen zu propagieren. Aber selbst diejenigen, die für die Arbeitsruhe eintreten, werden zugeben, daß die Art, wie die Arbeitsruhe jetzt gehandhabt wird, nie- manden befriedigen kann. Es muß notwendig eine ein- heitliche Norm geschaffen werden. Augenblicklich ist der Märsch ja ziemlich verfahren, und es wird schwerfallen, in dieser Frage ein Resultat zu zeitigen, das alle befriedigt. Der Versuch muß aber unternommen, die abgebrochenen Fäden müssen wieder angeknüpft werden. Wir dürfen uns nicht damit trösten, daß die Frage nicht mehr aktuell ist, da ja im nächsten Jahr der 1. Mai auf einen Sonntag fällt. Die Verkündung über die Maifeier hat von jeher darunter gelitten, daß die maßgebenden Instanzen mit ihren Direktiven zu spät an die Öffentlichkeit kamen. Offenbar wird der Fehler in Zukunft vermieden. Die

Frage der Maifeier schreit nach einer endgültigen Rege- lung; je baldier diese erfolgt, desto besser ist es für die Arbeiterschaft.

Soziales.

Eine Kriegserklärung der Scharfmacher.

Auf seiner am 20. April in Berlin abgehaltenen Delegiertenversammlung hat der Zentralverband deutscher Industrieller zu einer Reihe schweben- der Tagesfragen in einer Weise Stellung genommen, die als eine Kriegserklärung an die Arbeiterschaft bezeichnet werden muß. Selbstverständlich hat die Regierung, die nie Zeit hat, wenn sie von den Arbeitern eingeladen wird, Vertreter zu der Scharf- machertagung entsendet. Zunächst nahm die Versamm- lung, die sehr stark von Großindustriellen aus allen Teilen des Reiches besucht war, Stellung zur Reichsfinanzreform. In einer Resolution, die von dem Landrat a. D. Roetti- ger dem Vorsitzenden des Direktoriums vorgelegt wurde und einstimmig Annahme fand, erklärt der Zentralver- band, daß er es nach wie vor für unerlässlich halte, daß ein Teil des Bedarfs durch Erhöhung der Abgaben von wesentlich dem Genuße dienenden Artikeln des Massen- verbrauchs aufgebracht werde. Ausdrücklich hinzugefügt wird, daß die Last von den Verbrauchern getragen werden muß. Der andere Teil soll dem Besitz auferlegt werden, ohne aber die unentbehrlichen Steuerquellen der Bundes- staaten anzutasten.

Dieser Beschluß will bei der Unbestimmtheit der Aus- drucksweise in der gegenwärtigen innerpolitischen Situation wenig befagen; um so bedeutsamer sind aber die Gedanken, denen der alte Ober-Scharfmacher Bueck in seinem Referat über das Arbeitskammergesetz Ausdruck gab. Nach einem Ueberblick über die gegenwärtige handelspolitische und wirtschaftliche Lage fuhr er fort: Es sei kein Zweifel, daß in absehbarer Zeit ein wirtschaftlicher Auf- schwung kommen werde. Allein, wenn angesichts der erhöhten Selbstkostenpreise die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt den Konkurrenzkampf bestehen wolle, dann werde es erforderlich werden, die Arbeitslöhne herab- zusetzen. Die Arbeiter werden ja die Notwendigkeit der Herabsetzung nicht anerkennen. Wenn man nun er- wäge, daß 2.460.000 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert seien, und daß die drei gewerkschaftlichen Organisationen (Sozialdemokraten, Christliche und Sächs-Dünkersche) 1907 insgesamt 57 Millionen Einnahmen, 47 Millionen Aus- gaben und ein Vermögen von 41 Millionen Mark haben, dann dürften heftige Lohnkämpfe nicht ausbleiben.

Daß Herr Bueck selbst und auch der Zentralverband der Industriellen den Arbeitskammern entschieden feindlich gegenüberstehen, ist bekannt und so konnten die zu diesem Gegenstand gemachten Ausführungen ebensowenig über- raschen, als die Annahme der im gleichen Sinne gehaltenen Resolution. Dann sprach noch der Regierungsrat Dr. Warkels über die Gewerbeordnungs-Novelle, an welcher er schwere Mängel entdeckte. Insbesondere haben es ihm die Bestimmungen über die Konkurrenzklause- langetan, und die obligatorische Einführung von Ar- beiterausschüssen erscheint ihm als ein weiterer Schritt zur Auslieferung der Herrschaft über die Betriebe an die Sozialdemokratie. Um diese Gefahr zu vermeiden, wird an die Regierungen das Ersuchen gerichtet, die Novelle des Gesetzes im Bundesrat verfallen zu lassen.

Das sind die alten Scharfmacherdäne, die man zur Ge- nüge kennt und von denen man weiß, daß ihnen in den Regierungen ein nur zu williges Ohr geliehen wird. Das wichtigste an der Scharfmachertagung ist die ungenierte Ankündigung der Herabsetzung der Arbeitslöhne. Aber Herr Bueck hat recht; die Arbeiter werden derartige Ver- suche nicht ruhig hinnehmen. Ist es denn mit der durch die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches verursachten Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse nicht genug, müssen die Arbeiter bei der herrschenden Krise den Hungerriemen nicht schon fest genug anziehen? Statt mit dem bevor- stehenden wirtschaftlichen Aufschwung auf eine Hebung ihrer Lage rechnen zu dürfen, sollen sich die Arbeiter auf eine Herabsetzung der Löhne gefaßt machen! Das kündigen dieselben Industrieherrn an, die im gleichen Atemzug neue Steuern auf die Konsumartikel der Arbeiter fordern. Aber es ist gut, daß die Scharfmacher ihre Pläne offen verkünden. Die Arbeiter sind nun gewarnt, sie wissen, wessen sie sich zu versehen haben, und können sich darauf einrichten. Herr Bueck spricht von den 2 1/2 Millionen ge- werkschaftlich organisierter Arbeiter. Wir müssen dafür sorgen, daß sich diese Zahl verdoppelt und verdreifacht, da- mit wir dem Kampf, den die Scharfmacher ankündigen, mit Siegeszuversicht entgegengehen können.

Mehr Schutz der Arbeiterin. In Bayern ist seit März dieses Jahres die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Bauten verboten, dagegen besteht eine andere Anstiftung noch fort, nämlich die Beschäftigung von Frauen in Säge- werken, beim Holztransport und beim Holzfällen im Walde. Vor kurzem wurde wieder in Gräfenberg (Ober- bayern) eine verheiratete Arbeiterin beim Fällen von Eichen im Walde von einem umfallenden Baum erschlagen. Die Duldung von Frauenarbeit bei einer Arbeit, die so große körperliche Kraft erfordert, muß geradezu als bar- barisch betrachtet werden. Hier bietet sich der neuen Wald- arbeiterorganisation ein noch größeres Tätigkeitsfeld durch Forderung von vermehrtem Arbeiter- und Arbeiterinnen- schutz.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antrags- gemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchent- lichen Lokalbeitrages erteilt, und zwar ab 1. Mai: Tölz 10 Pf., ab 1. Juli: Bacharach 10 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs- nummer ist der 20. Wochenbeitrag für das laufende Jahr fällig geworden.

Auf das vor einiger Zeit erschienene neue Buch: „Arbeitszeit und Löhne in der Holz- industrie, Ergebnisse einer Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom November 1906“, machen wir die Kollegen hierdurch wiederholt aufmerksam. Den Preis haben wir für unsere Verbandsmitglieder auf 75 Pf. für ein broschiertes und 1,20 Mk. für ein gebundenes Exem- plar festgesetzt, obwohl die Herstellungskosten damit nur zum Teil gedeckt sind. Bestellungen sind durch die Zahl- stellenverwaltungen an uns einzufenden. Einzelbestellungen können nur gegen Voreinsendung des Betrages nebst 30 Pf. Porto erledigt werden.

Die neu erschienene Broschüre: „Tariffragen der Parkettleger. Verhandlungen der Parkettleger- konferenz in Berlin am 25. und 26. Januar 1909“, ist nunmehr entsprechend den eingegangenen Bestellungen an die Zahlstellen versandt. Etwa noch ausstehende Be- stellungen bitten wir uns baldigt zukommen zu lassen. Die Broschüre wird zum Preis von 10 Pf. pro Exemplar ab- gegeben.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren ge- meldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 27751 Albin Gillig, Tischler, geb. 8. 12. 56 zu Mauerberg.
 - 125923 Franz Gothow, Tischler, geb. 7. 3. 85 zu Zepfow.
 - 138872 Julius Neumann, Tischler, geb. 10. 4. 79 zu Neu- gersdorf.
 - 261707 Oswald Röhld, Maschinenarbeiter, geb. 9. 3. 70 zu Görtelsdorf.
 - 290198 Otto Hartmann, Tischler, geb. 5. 3. 88 zu Neu- Gaul.
 - 330497 Paul Lenke, Tischler, geb. 14. 8. 64 zu Braunsburg.
 - 345857 Paul Noak, Tischler, geb. 10. 4. 82 zu Seifersdorf.
 - 346812 Traugott Glöck, Maschinenarbeiter, geb. 22. 1. 87 zu Erdmannshausen.
 - 378042 Gottfried Böhm, Stellmacher, geb. 30. 11. 49 zu Thiendorf.
 - 446416 Heinrich Muls, Tischler, geb. 9. 7. 83 zu Gaftebt.
- Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Braunschweig. (Würstenaecher.) Endlich ist es auch bei uns gelungen, einen kleinen Fortschritt zu erzielen. Unsere Lohnbewegung hat sich zwar gänzlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgespielt. Da nun aber sämtliche Werk- stätten unseren Tarif innehalten, wollen wir wenigstens bekanntgeben, was wir erreichten. Obwohl der größte Teil unserer Kollegen noch jung in der Organisation ist, haben doch alle gezeigt, daß es ihnen Ernst um ihre Sache ist. Für die fünf am Orte in Betracht kommenden Werkstätten wurde unterm 20. bezw. 28. März ein Tarif geschaffen, der gleichmäßige Arbeitsbedingungen und Akkordpreise vorsieht. Die Arbeitszeit ist jetzt eine 9 1/2stündige. Der Mindestlohn beträgt 88 Pf. pro Stunde gilt bei Akkordarbeit gesichert. Ueberstunden werden mit 10 Pf. Zuschlag bezahlt. Auf die Akkordpreise ist beim Einziehen, Rechnen, Vorstanz- richten und -Mischen ein Zuschlag von 5 bis 10 Proz. er- folgt. Ein Schritt vorwärts, und wir wollen hoffen, daß unsere Kollegen in diesem Sinne weiterarbeiten, dann wird es auch gelingen, noch manches zu verbessern.

Dortmund. (Wadeltischer.) Seit einigen Wochen suchen hiesige Modellfabriken von auswärts Modell- zisler gegen hohen Lohn und dauernde Arbeit heranzu- ziehen. Es gibt nun noch viele junge Kollegen, die auf diese Angebote reinfallen, um nachher die Wahrnehmung zu machen, daß sie sich wieder mal geirrt haben. In der letzten Zeit sind wiederholt Fälle vorgekommen, daß Kollegen, die zugereist waren, nach kurzem Gastspiel bei 35, ja 32 Pf. Stundenlohn wieder auf die Straße gesetzt wurden. Um die Kollegen vor Schaden zu bewahren, geben wir ihnen den Rat, sich vorher bei der Sektionsleitung zu erkundigen, wie die Verhältnisse hier am Orte sind. Uebrigens wäre es sehr zu wünschen, wenn in Zukunft auch mal einige ältere, im Fach und in der Agitation erfahrene Kollegen sich auf solche Inserate hin bei den Sektionsleitungen im Kohlen- revier melden würden, um dieselben in der Agitation an Ort und Stelle zu unterstützen. Es läßt sich in den Groß- städten ja ganz hübsch über die schlechten Lohn- und Ar- beitsverhältnisse in dem verdammten Kohlenpott schimpfen. Aber mal selbst mit Hand anlegen und ein paar Monate weniger Lohn in die Tasche stecken als sonst, ja, das geht nicht. Jedenfalls würde es hier im Ruhrrevier anders aus- sehen, wenn unsere tüchtigsten Kollegen sich nicht so all- gemein der Landflucht anschließen, um sich in der Großstadt an den vollen Fleischtopfen zu laben. Hoffentlich werden diese Zeilen beherzigt, um auch mal bessere Zustände im Kohlenrevier zu schaffen.

Eberswalde. Hier herrschen seit einiger Zeit unhalt- bare Zustände. Unsere Zahlstelle zählt 90 Mitglieder, aber die Versammlungen werden nur noch von etwa 20 Kollegen besucht, und sind diese auch immer dieselben, die übrigen glauben, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie ihre Beiträge entrichten, alles andere ist ihnen Nebensache. Die Lokal- verwaltung hat nichts unversucht gelassen, aber die Gleich- gültigkeit und Interessenlosigkeit hat nun einmal zu tief Wurzel geschlagen. Es wäre die höchste Zeit, daß sich die Kollegen ihrer Lage bewußt werden, zumal uns ernste

Kämpfe bevorstehen, in denen wir nur Erfolg erzielen können, wenn wir unsere Kräfte sammeln und einheitlich vorgehen. Allen Kollegen ist es bekannt, daß das Vertragsverhältnis von der Innung gekündigt ist, hinter der wieder der Arbeitgeberverband steht, dem ja eine ganze Anzahl Innungsmeister angehören. Das wir von diesen Herren nicht Gutes zu erhoffen haben, wissen wir. Ist es uns ja hinlänglich bekannt, welche Ziele diese Staatsstücken verfolgen. Bezeichnend ist das Verhalten einiger Herren gegenüber unseren arbeitslosen Kollegen, für die man keine Arbeit hat, jedoch auswärtige Kollegen stellt man gerne ein, um möglichst mit den Arbeiten am 1. Juli fertig zu sein, da dann der Vertrag abläuft. Kollegen! Wollen wir, daß diese Machtprobe des Arbeitgeberverbandes zu schanden wird, wollen wir uns bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erkämpfen, unsere ganze Lebenslage verbessern, so ist ein einmütiges Zusammenarbeiten erforderlich. Besucht darum die Versammlungen und werbt neue Kämpfer für unsere Organisation, agitiert unverzüglich, damit wir wohlgeappnet unserem Gegner entgegen treten können. So wird auch diesmal unsere Mühe von Erfolg gekrönt sein.

Eisenach. In der am 30. April stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, den Arbeitsnachweis, der im Winterhalbjahr wegen der Krise außer Tätigkeit gesetzt worden war, vom 1. Mai ab wieder in Funktion treten zu lassen. Der Arbeitsnachweis der hiesigen kartellierten Bauunternehmer wurde einer gebührenden Kritik unterzogen. Da dieser Arbeitsnachweis nicht auf paritätischer Grundlage beruht, sondern von den Unternehmern der Arbeiterschaft aufrecht erhalten wurde, um mißliebige Arbeiter zu nahelegen, so richten wir die Aufforderung an alle Kollegen am Orte und diejenigen Kollegen des Bauhandwerks, die gewonnen sind, in Eisenach Arbeit zu nehmen, den Arbeitsnachweis der Bauunternehmer streng zu meiden, und nur den von der hiesigen Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes errichteten Arbeitsnachweis zu benutzen. Das Umschauen am Orte ist streng verboten.

Hermisdorf (S.-U.). Am 8. Mai wurde hier eine Besprechung der Leitermacher von Hermisdorf und Umgegend abgehalten. Obwohl zirka 150-200 Leitermacher beschäftigt sind, waren nur 45 Kollegen anwesend. Kollege Jungmann schilderte den traurigen Verfall der Verhältnisse, wie sie hier herrschen, und forderte am Schluß die Anwesenden auf, sich dem Holzarbeiterverbande anzuschließen. Es ließen sich 10 Kollegen aufnehmen. Kollegen! Ihr seht, wie durch festes Zusammenhalten die Arbeitsverhältnisse gebessert werden können. Gab es doch im Februar noch einen Stundenlohn von 33 Pf., und jetzt ist er in einem Betriebe, wo alle Leitermacher im Verbande sind, auf 38-42 Pf. gestiegen. Darum nochmals, Ihr Leitermacher von Hermisdorf und Umgegend, schließt Euch alle dem Deutschen Holzarbeiterverbande an, soweit wie es noch nicht geschehen ist, besucht regelmäßig die Versammlung, und laßt Euch nicht irre machen, haltet fest zum Verband!

Mün. (M o d e l l s c h r e i n e r.) In der am 18. April abgehaltenen Quartalsversammlung konnte der Vertrauensmann berichten, daß sich die Geschäftslage im ersten Quartal bedeutend gebessert hat. Der Mitgliederstand hat sich um 25 gehoben. Die Frage des Arbeitsnachweises hat schon zu wiederholten Malen die Versammlung beschäftigt und ist in neuester Zeit durch die Errichtung des Metallindustriellenachweises wieder akut geworden. Es wurde nunmehr beschlossen, einen eigenen Arbeitsnachweis einzurichten. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch die Geschäftsstelle des Holzarbeiterverbandes. Umschauen, briefliche Anfragen an Unternehmer und ähnliches ist zu unterlassen. Die Benutzung des Industriellenachweises ist nur mit Genehmigung der Sektionsleitung statthaft. Um diesem Beschluß auch eine praktische Wirkung zu verleihen, ist es unbedingt notwendig, daß unsere auswärtigen Arbeiter vor allen Dingen denselben meiden. Das hier in Arbeit zu treten bedeutet, umgibt sich zunächst mit der Geschäftsstelle in Verbindung setzen und nicht vorher die Unternehmer mit Briefen bombardieren. Wir werden gegen jeden Kollegen in entsprechender Weise Stellung nehmen, der noch in Zukunft gegen diese Bestimmungen verstößt. Auch gegenüber den Annoncen der Unternehmer in auswärtigen Zeitungen ist größte Vorsicht geboten. Die Modellschwarz zum Beispiel verspricht den Kollegen bis 80 Pf. Stundenlohn. Kommen die Kollegen dann hier her, so sind sie natürlich bitter enttäuscht, denn ein solcher Lohn ist hier überhaupt noch nicht verdient worden. Auf keinen Fall veräume man die vorherige Anfrage an die Organisationsleitung, Severinstr. 199.

Rauf (D r e c h s l e r.) In einer Drechslerversammlung referierte Kollege Münch-Münchberg über: „Zweck und Nutzen des Sektionswesens“. Leider waren trotz schriftlicher Einladung indifferente Drechsler nicht erschienen. Kollege Münch schloß seinen lehrreichen Vortrag mit dem Appell, alles einzusehen, um den letzten Mann in die Organisation zu bringen. Sodann wurde zur Gründung einer Drechslersektion geschritten. Als Vorsitzender der Sektion wurde Kollege Karl Hetterich gewählt. Etwaige Zuschriften sind an den Kollegen Karl Hetterich, Altdorfer Straße, zu senden.

Leipzig (M o d e l l - u n d F a b r i k k i s c h l e r.) Die Versammlung am 30. April beschäftigte sich mit den Differenzen bei der Firma H. Scholz u. Co. Dort hatten 24 Kollegen am 18. März die Arbeit niedergelegt, weil die Einstellungen entgegen jeder Abmachung vorgenommen wurden. Auch das provokatorische Verhalten des Firmeninhabers trug viel zur Verschärfung der Differenzen bei. Diese Firma hatte in der Zeit der Krise gegen 15 Mann auf das Pflaster geworfen; anstatt nun bei Bedarf auch wieder hiesige Arbeitskräfte einzustellen, suchte sie solche in auswärtigen Blättern. Die Kollegen hatten keine Lust, unter diesen Verhältnissen weiterzuarbeiten. In der ersten Woche gingen drei der Ausenstehenden wieder an, so daß bis zur Beendigung der Bewegung 21 Mann blieben. Die zugereisten Kollegen, soweit sie organisiert waren, reisten, nachdem sie sich mit den Arbeitsvermittlungsbestimmungen bekannt gemacht hatten, wieder ab. Der Betrieb wurde jedoch durch einige Unorganisierte, Arbeiter und 13 Lehrlinge einigermaßen aufrechterhalten. Trotzdem wir schon vor zwei Jahren die Forderung von

55 Pf. Minimallohn durchgedrückt hatten, wurde allen Bewerbern ein solcher von 45 bis 55 Pf. angeboten. Nach Verlauf von vierzehn Tagen wurden Verhandlungen eingeleitet. Diese hatten zur Folge, daß bis jetzt wieder zwölf Mann eingestellt wurden. Die übrigen sollten bei Bedarf, sofern sie keine andere Beschäftigung haben, bevorzugt werden. Die Debatteberer beurteilten, daß die Verhandlungen zu zeitig angebahnt seien, da die Situation erst jetzt günstig geworden sei, weil die Firma für die eingeworbenen Leute keinen Ersatz bekommen habe. Da den noch Ausenstehenden das Arbeitsuchen durch schwarze Listen erschwert wird, ersuchen wir die Kollegen allerorts, vorläufig Zeigzig zu meiden, da sich jeder unbedingt nach den örtlichen Arbeitsvermittlungsbestimmungen zu richten hat.

Münchberg. (M o d e l l s c h r e i n e r.) Am 24. April fand hier eine öffentliche Modellschreinerversammlung statt. Kollege Brandl aus München referierte über „Die Lage der Modellschreiner“. Die Kollegen folgten mit großem Interesse den lehrreichen Ausführungen des Referenten. Der Besuch hätte stärker sein können. Die hiesigen Kollegen haben aber allen Grund, sich mehr um ihre Organisation zu kümmern, wird ihnen doch bei jeder Lohnforderung der Afford angeboten. Auch die übrigen Verhältnisse sind nicht so rosig, um sich durch kleinliche Geschäftigkeiten von dem Besuch der Versammlungen abhalten zu lassen. Kollegen, besucht regelmäßig die Sektionsversammlungen, nur da ist der Ort für eine gründliche Aussprache. Die auswärtigen Kollegen möchten wir darauf aufmerksam machen, daß sich unser Arbeitsnachweis im Verbandsbureau, Breitegasse 25 bis 27, befindet.

(M a s c h i n e n a r b e i t e r.) Das Ersuchen der Stuttgarter Maschinenarbeitersektion, eine statistische Aufnahme über die Verhältnisse sämtlicher Maschinenarbeiter Deutschlands zu veranstalten, ist vom Hauptvorstand abgelehnt worden. Der Hauptvorstand vertritt die Meinung, daß die durch die Erhebung einer Statistik entstehende Arbeit unterschätzt wird; das kann nur auf diejenigen zutreffen, welche keine Ahnung von derartigen Arbeiten haben. Genau so steht es mit der Werthschätzung resp. Verwertung einer Statistik. Soll dies aber ein genügender Grund sein, vor einer derartigen Arbeit zurückzusprechen oder dieselbe hintanzuhalten, wie es in diesem Falle vom Hauptvorstand gemacht wird? Nun zur ausgegebenen Statistik von 1906, auf welche hingewiesen wurde. Dieselbe ist in bezug auf Arbeitszeit und Lohnverhältnisse auf das Beste ausgearbeitet. Was aber zur Aufnahme von den Maschinenarbeitern gefordert wird und auch gefordert werden muß, nämlich die Fragen über Organisationszugehörigkeit, sanitäre und hygienische Verhältnisse in den Betrieben sowie die Tätigkeit der Berufsgenossenschaft, das ist in dieser Statistik nicht zu finden. Auch die Unterscheidung nach Berufsgruppen, denen die Maschinenarbeiter zugehört sind, ist nicht ausgeführt, obwohl auch das zweifellos einen großen Einfluß auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse ausübt. Findet man doch nicht allein in Möbelfabriken, Bau- und Modellschreinerzeilen, sondern auch in der Bürsten- und Pinselindustrie, Riemenfäbriken und Spulenfabriken und vielen anderen Spezialgeschäften Maschinenarbeiter vor. Trotz der Schwierigkeit, die sich der Aufnahme einer Statistik bei den Maschinenarbeitern entgegenstellen, sind wir doch der Ueberzeugung, daß dieselbe vorgenommen und vom Hauptvorstand genehmigt werden muß, damit endlich einmal Klarheit über die Verhältnisse bei den Maschinenarbeitern geschaffen wird.

Unsere Lohnbewegung.

In Düsseldorf haben im Sägewerk von Hüllstrung am 1. Mai 29 Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Tageslohn der Arbeiter beträgt bei zehnstündiger Arbeitszeit dort 3,80 M., beziehungsweise 3,50 M. In ähnlichen Werken Düsseldorfs werden 4,20 M., 4,50 M. bezahlt. Die Arbeiterführung in Düsseldorf hat sich an die Gewerkschaften und die Holzarbeitervereine in anderen Orten gewandt. Dazu kommt, daß in dem Betrieb eine Werkstattordnung vorhanden ist, die mit ihren Strafanordnungen einer Gefängnisordnung sehr ähnlich ist. Es sind Strafen von 25 Pf. bis zu einem ganzen durchschnittlichen Tageslohn vorgesehen. Die Arbeitervertreter berieten mit Herrn Hüllstrung zu verhandeln, was nach einigen Mühen gelang. Erreicht wurde aber nichts, obwohl Herr Hüllstrung äußerte, er hätte wie ein Vater an den Leuten gehandelt! Er lehnte auch die Wiedereinstellung der Arbeiter ab, weil er eine Organisation in seinem Betriebe nicht dulde. Die streikenden Arbeiter sind zum Teil arbeitslos untergebracht. Der Betrieb ist stillgelegt.

In Frankenhäuser (Rohffhäuser) dauert der Streik in der Perlmutterfabrik von C. Voigt ununterbrochen fort. Bereits 12 Wochen sind nun schon vergangen, daß unsere Kollegen sich im Auslande befinden. Vor kurzem schien es so, als sollte eine Milderung eintreten. Der Fabrikant wandte sich mit einem Schreiben an die Streikleitung, worin er dieselbe ersuchte, ihm mitzuteilen, weshalb sie in den Auslande getreten seien! Dieses Schreiben ist in gebührender Weise beantwortet worden. Inzwischen hat Herr Voigt die Sache dem Arbeitgeberverband übertragen, um mit der Lokalbewertung in Unterhandlung zu treten. Die Verhandlung fand statt, aber, wie vorausgesehen war, führte sie zu keinem Resultat. Nur wollten die Herren unsere Wünsche und Forderungen von uns selbst noch einmal hören, um die Sache ihrem Vorstande zu unterbreiten. Wir verlangen die Beibehaltung des Affordsystems, nur bei Musterarbeiten soll in Lohn gearbeitet werden. Einstellung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, auch derjenigen, welche einige Tage vor dem Streik wegen angeblichen Arbeitsmangel entlassen worden sind. Es gilt also für uns, bloß die alten Löhne festzuhalten. Der Preis der Knöpfe soll nach der Zeit, den dieselben bei Fußbetrieb kosten. Nur für Ausbohren der Knöpfe an der Maschine sollen 25 Proz. für Kraft in Abzug kommen. Diese 25 Prozent verstehen sich bloß auf große Knöpfe. Alles andere, was übrig bleibt, gehört dem Dreher, soweit die Knöpfe auf Fußbetrieb fertiggestellt werden. Aber gerade hierbei wollte der Fabrikant einen Abzug vornehmen. Verschiedene Fabrikanten, welche den Maschinenbetrieb eingeführt haben, möchten die Lohnarbeit unter allen Umständen festhalten.

Aber die Erfahrung hier am Orte hat gerade das Gegenteil bewiesen. Gaben sich doch in den Fabriken mit Kraftbetrieb, in welchen die Kollegen in Lohn beschäftigt werden, erhebliche Mißstände gebildet, was die Kollegen nun veranlaßt, das Lohnsystem zu beseitigen. Sonst ist noch zu berichten, daß das Verhalten der Voigtschen Kollegen ein musterträgliches zu nennen ist. Auch nicht ein einziger Streikbrecher hat sich gefunden, außer den fünf Indifferenten, wovon einer inzwischen gestorben ist. Daraus ist ganz deutlich zu sehen, daß man es hier mit einer gut organisierten Kollegenschaft zu tun hat. Ein weiteres festes Zusammenhalten, und der Sieg wird nicht ausbleiben. Was bei der Firma Voigt gilt, trifft auch bei Schneider u. Willing zu. Diese Firma hat sich ebenfalls einen Motor angeschafft, um in Lohn arbeiten zu lassen. Dieses wurde aber von den Kollegen abgelehnt. Hierauf kündigte der Fabrikant sämtlichen organisierten Kollegen. Dieselben traten somit nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Streik. Organisiert sind alle, bis auf drei Mann. Wir sehen auch hier der Entwicklung der Dinge mit der größten Ruhe entgegen.

Im Helmstedt dauert der Streik in der Möbelfabrik von R. Saalfeld ununterbrochen fort. Zu unserer auf diesen Kampf bezüglichen Notiz sendet uns die Firma nachstehende Berichtigung:

„Die Firma Richard Saalfeld zu Helmstedt hat sich eines Vertragsbruches gegenüber ihren Arbeitern nicht schuldig gemacht, und hat vielmehr das Gewerbegericht zu Helmstedt in seinem Urteil Vertragsbruch von Arbeitern festgestellt. Die Firma hat auch nicht, wie in Nr. 18 der „Holzarbeiterzeitung“ behauptet ist, Mitglieder des Arbeiterausschusses als Strafe dafür entlassen, daß von Arbeitern die Anfertigung von Streifarbeit abgelehnt wurde. Die Entlassung einiger Ausschußmitglieder erfolgte deswegen, weil dieselben arbeitswillige Leute während der Arbeitszeit von der Arbeit abhielten und sogar den Werksführern und anderen Beamten unberechtigterweise Vorschriften machten. Unrichtig ist, daß die Helmstedter Einwohner gegen das Verhalten der Firma einen einmütigen Protest erhoben hat; unrichtig ist ferner, daß die arbeitswilligen Leute auf den Aushalt in der Fabrik beschränkt sind. Sie wohnen sämtlich außerhalb des Fabrikgebäudes und sind in keiner Weise in ihrer persönlichen Bewegungsfreiheit beeinträchtigt. Hochachtend Richard Saalfeld.“

Zu dieser Berichtigung wird uns geschrieben: Das Streiken und Bestreiten steht Herrn Richard Saalfeld im Blute, das ist auch mit die Ursache, daß die Differenzen trotz des seit 31. März 1905 für seinen Betrieb bestehenden Vertragsverhältnisses überhaupt noch nicht aufgehört haben. Unterhandelt — vereinbart — bestritten — wieder unterhandelt — wieder vereinbart — wieder bestritten oder zur Abwechslung auch mal „anders reguliert“, das war bisher unausgesetzt der Gang der Dinge im Saalfeldschen Betriebe. Wollte man alle die Episoden im einzelnen hier erzählen, man würde einen ganzen Band damit füllen können. Bleiben wir deswegen lediglich beim unmittelbaren Anlaß der jetzigen Differenzen. Herr Saalfeld fing im September vorigen Jahres wieder einmal an, die im Mai erst festgelegten Affordpreise für Buffets neu zu regulieren. Vorwand dazu sollte ihm sein, eine noch in größerem Maße durchzuführende Arbeitssteigerung. So ist denn reguliert worden in einemfort, und Preise, die neu wieder festgesetzt worden waren, sollten immer nochmals weiter herunterreguliert werden, denn wie Herr Saalfeld sich bei den Unterhandlungen am 2. April im Beisein der Vertreter der Zentralvorstände ausdrückte: Die paar Pfennige können mir gar nichts nützen, ohne eine Herabsetzung von 20 Proz. kann ich kein Geschäft machen. Drei Kollegen, die die verschiedenen Arbeiten nochmals im Lohn ausarbeiten sollten, waren allein gestellt worden und ihnen ein solches Angebot nicht gemacht. Über das Preisergebnis bei der Arbeit nach dem Saalfeld gar nicht erst anzuhören, sondern mitten in der Arbeit kündigte er den Kollegen am 20. März kategorisch an, daß von diesem Lohnpreis bis 20 Proz. abgezogen würden, und wer damit nicht einverstanden sei, könne sofort gehen. Das alles soll kein Vertragsbruch sein! Nein, die Kollegen hatten sich schon viel zu viel gefallen lassen. Sie durften schon von vornweg in diese ganze Regulierung nicht willigen, sondern mußten sie als Versuch, den Vertrag zu durchbrechen, sofort energisch zurückweisen. Aber sie sind ja noch viel langmütiger gewesen. Das alles darzustellen, verbietet leider der Raum der Zeitung. Das Gewerbegericht hat unseren Kollegen ihren Anspruch auf den von Herrn Saalfeld zurückbehaltenen Lohn zugesprochen, hat ihnen aber unrecht gegeben, daß sie am 22. März, währenddem sie durch den Arbeiterausschuß mit dem Betriebsleiter über den Afford vom 20. März unterhandeln ließen, die Arbeit ruhen gelassen haben, weil angeblich dieser Afford nicht so recht ernst zu nehmen gewesen sei. Wenn Herr Saalfeld hierin Trost findet, ist es jedenfalls ein so bescheidenes, daß er nicht im geringsten dazu ausreicht, ihn vom Vorwurf des Vertragsbruches zu falbieren. Auch Betreffs der Entlassung des Arbeiterausschusses bleibt die Berichtigung des Herrn Saalfeld beim bloßen Bestreiten. Sämtliche Mitglieder des Arbeiterausschusses wurden am 15. April entlassen, weil sie jedem Kollegen und auch den „Beamten“ direkt oder auf Vertragen Auskunft gegeben haben, ob die betreffende Arbeit Streifarbeit wäre oder nicht. Davon wird sich Herr Saalfeld schon finden müssen, daß, wenn er einen Vertragsbruch mit allen Mitteln durchsetzen will, er auch gewärtig sein muß, daß die Arbeiter entsprechende Gegenmaßnahmen in Anwendung bringen. Den Vogel abschlagen hat er aber mit seiner Berichtigung betreffs des gesellschaftlichen Verkehrs seiner Streikbrecher. Am 22. April brachte der bekannte Gentleman Oesterreich den ersten Transport von 24 Mann. Davon wurden 11 Mann flüchtig. Am 23., 24. und 25. April, während der Zeit also, daß der Bericht für unsere Zeitung geschrieben wurde, waren die restlichen 13 Mann in der Fabrik interniert. Uns freut es ungemein, daß Herr Saalfeld die Bewegungsfreiheit seiner Streikbrecher in keiner Weise für beeinträchtigt hält. Das wird vor allem für die Polizei in bezug auf die Verhängung des Belagerungs-

zustandes eine tüchtige Ohrfeige sein. Nur hätte er selber auch hierin konsequenter und gerade er nicht derjenige sein sollen, der von der Kreisdirektion die Verstärkung des polizeilichen Schutzes durch Gendarmen und extra noch die Ausrüstung derselben mit Gewehren kategorisch verlangt hat. Der Wert der Verächtigung ist hieran am besten zu erkennen. Im übrigen ersuchen wir weiter um Gehörhaltung des Zuguges von Tischlern, Polierern, Maschinenarbeitern, Drechsler und Bildhauern nach Helmstedt.

In Hamburg-Altona werden seitens der Hamburger Tischlerinnung durch Verbreitung schwarzer Listen 244 Kollegen wegen Beteiligung an der Maifeier an freiwilliger Arbeit gehindert. In Nr. 19 der „Nachzeitung“ wird Hamburg als Streifort proklamiert, indem die Arbeitgeber allerorts aufgefordert werden, aus Hamburg kommende Holzarbeiter bis auf weiteres unter keinen Umständen einzulassen. Wir fordern unsere Kollegen allerorts auf, bis auf weiteres Hamburg-Altona zu meiden und als gesperrt zu betrachten.

In Meß ist es bei der Firma Oehm, Bau- und Möbelschreinerei, zu Differenzen gekommen, die dazu führten, daß alle Kollegen, bis auf drei Unorganisierte, die Arbeit einstellten. Als im April vorigen Jahres der mit der Innung im Jahre 1906 abgeschlossene Vertrag abgelassen war, setzten es die Kollegen, die gut organisiert waren, durch, daß die alten Bedingungen hochgehalten wurden. Bei Eintritt der Krise glaubte Herr Oehm die Zeit gekommen, gegen die Organisation vorzugehen. Nach und nach wurden alle Werkstattdelégierten, angeblich wegen Arbeitsmangel, entlassen. Als nun schließlich auch der langjährige Vertretungsmann entlassen wurde, verlangten die Kollegen dessen Wiedereinstellung, die nach einigem Sträuben zugesagt, dann aber widerrufen wurde. Das gleiche Spiel wiederholte sich, als der Bauvorsteher in der Sache vorstellig wurde. Als Herr Oehm sein Versprechen zum zweitenmal widerrufen hatte und der nochmals vortretenden Kommission sogar erklärte, daß er sich nicht mehr an den Tarif halte, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Die Werkstatt von Oehm in Les Vorbes bei Meß ist gesperrt.

In Nürnberg hatten die Schreiner den Arbeitgebern vor einiger Zeit Forderungen unterbreitet. Die Arbeitgeber verhielten sich ablehnend und brachen die Verhandlungen kurzerhand ab, weil unsere Kollegen am 1. Mai der Arbeit fern blieben. Die Maifeiernden wurden ferner in einer Gesamtzahl von 664 bis zum 6. Mai ausgesperrt. Am 5. Mai fand abends eine Schreinerversammlung statt, welche in geheimer Abstimmung fast einstimmig beschloß, sofort in den Streik zu treten. Am anderen Tage stellten dann noch rund 200 Kollegen die Arbeit ein, so daß bis jetzt 900 Kollegen an der Bewegung beteiligt sind. Die Forderungen sind bewilligt für zirka 90 Kollegen, doch stehen jetzt einige große Firmen mit der Streikleitung in Unterhandlung. Ob die zurzeit schwebenden Verhandlungen mit der Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes von Erfolg sein werden, ist noch nicht abzusehen, darum ist Zug streng fern zu halten.

In Reichenhall wurde mit dem Arbeitgeberzuschußverband für das Holzgewerbe o. d. Rh. ein erneuter 2 Jahre dauernder Vertrag abgeschlossen, in welchem eine Erhöhung des Mindestlohnes von 38 auf 40 Pf. vorgesehen ist, desgleichen werden im heurigen wie im nächsten Jahr die gesamten Löhne um je einen Pfennig die Stunde erhöht.

In Rohrbach b. Seibelsberg stehen sämtliche Maschinenarbeiter und Bretterpuher der Fuchs'schen Waggonfabrik wegen Zurückweisung eines 10prozentigen Affordabzuges im Streit. Die Direktion gibt sich die größte Mühe, von außerhalb durch Infiltrate Arbeitswillige heranzuziehen. Wir ersuchen die Kollegen, dieses zu verhindern und den Zugang fernzuhalten.

Im Ruhrgebiet hat der Kampf eine weitere Ausdehnung erfahren, indem in Duisburg in fünf Betrieben zirka 80 Kollegen ausgesperrt wurden. In diesem Orte hat bisher ein Vertrag mit dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe noch nicht bestanden, und ist es bezeichnend, daß dessen Leitung nunmehr schon andere Orte ins Feuer ziehen muß, weil die eigentlichen Vertragsorte nicht die nötige Gefolgschaft leisten. Ob nun die Duisburger Arbeitgeber den festgefahrenen Karren wieder flott zu machen vermögen, muß flüchtig bezweifelt werden, weil die Mehrzahl von ihnen sich an ihren selbstgefaßten Beschluß, auszusperrn, einfach nicht kehren, wodurch sich selbstverständlich eine erhebliche Gärung in ihren eigenen Reihen bemerkbar macht. Ähnlich liegen auch die Dinge in den anderen Differenzorten, eine Reihe Arbeitgeber haben sich wohl nur zur Kündigung bewegen lassen, in der stillen Hoffnung, daß vor Ablauf der Kündigungsfrist die ganze Bewegung ihre Erlebigung gefunden hätte. Bemerkungen dieser Art sind uns von Arbeitgebern aus allen in Frage kommenden Orten zu Ohren gekommen. Im Kampfe befinden sich jetzt in Dortmund 130 Kollegen, in Gelsenkirchen 80, in Röhlinghausen zirka 30 und in Duisburg 79. Zirka 80 Kollegen sind aus diesen Orten abgereist oder haben anderweitig Arbeit gefunden. Am 8. Mai läuft die Kündigung der noch gekündigten Kollegen in vorgenannten Orten, sowie in Herne, Duer und Mülheim a. d. Ruhr ab, deren Gesamtzahl sich auf zirka 125 beläuft. Die Gesamtzahl aller bei der Bewegung in Frage kommenden Kollegen stellt sich demzufolge auf rund 475. Mit der vom Arbeitgeberbund vor nunmehr 2 Wochen in den bürgerlichen Zeitungen angekündigten Aussperrung von mehreren Tausenden Schreinergefellten in Rheinland und Westfalen ist es also bisher nichts geworden. Heute nehmen die Herren den Mund schon etwas weniger voll. Aber täglich finden unter Leitung der Zentrale des Arbeitgeberbundes in den verschiedensten Orten Versammlungen statt, um die zaudernden Arbeitgeber zur Aussperrung anzuspornen. Immer und immer wieder wird in der bürgerlichen Presse wiederholt, daß nur die Arbeiterführer an dem Kampfe schuld seien, welche keine Verträge abschließen wollten. Die Arbeitgeber hätten gar nicht die Absicht gehabt, die Löhne zu kürzen oder die Arbeitszeit zu verlängern. Dabei wird immer wieder erneut in den Arbeitgeberversammlungen beschlossen, an den Dortmunder und Bochumer Beschlüssen festzuhalten, also Lohnabzüge zu machen und auszusperrn. Aber diese

Beschlüsse leiden an dem einen Fehler, daß sie nicht ausgeführt werden. — Kollegen allerorts! Meidet das Ruhrgebiet!

Ausland.

Drohende Aussperrung der Tischler in Lodz in Posen. Nach einem der Internationalen Union der Holzarbeiter zugegangenen Bericht steht den Tischlern in Lodz eine allgemeine Aussperrung zum 8. Mai bevor. Das Unternehmertum, gestärkt durch die herrschende Reaktion, stellt den Arbeitern Bedingungen, welche diese unmöglich akzeptieren können. Im Jahre 1906 haben die Tischler durch Arbeitsniederlegung die vollständige Abschaffung des Affordsystems sowie Verkürzung der Arbeitszeit von 11½ auf 9 Stunden, Sonnabends 8 Stunden erreicht. Der jetzige flauere Geschäftsgang sowie die in anderen Industrien, wo die Gewerkschaften wieder unterdrückt werden, durchgeführten Lohnreduzierungen ermutigen jetzt auch die Unternehmer im Tischlergewerbe zu einer Aktion. Und zwar verlangen sie die Wiedereinführung der Affordarbeit und des Zehnstundentages. Am 8. Mai ist die Kündigungsfrist abgelaufen, so daß die Aussperrung an diesem Tage beginnen wird. Die Firma Schulz vormals Thiede hat schon gedroht, sie wolle Tischler aus Berlin beziehen. Um Fernhaltung des Zuguges wird dringend gebeten.

In Stockholm herrscht unter den Korbmachern eine außerordentliche Arbeitslosigkeit. Zurzeit ist ein Drittel aller Kollegen arbeitslos und zur Besserung ist keine Aussicht vorhanden. Nach dem 1. Juli wird die Arbeitszeit jedenfalls eingeschränkt werden. Die Kollegen werden also gewarnt, auf eventuelle Annoncen nach hier zu kommen. Weitere Auskunft wird gern erteilt von J. O. Karlsson, Karolavägen Nr. 52, S. G. III.

In Wien dauert die Aussperrung der Tischler nun schon 13 Wochen. Ein Ende derselben ist aber noch nicht in der Nähe, sondern es dürfte wohl noch einige Wochen dauern, bevor es zu einem Abschluß kommt. Die Unternehmer waren der Meinung, daß die Arbeiter so lange nicht aushalten können und frohlockten bereits über den nahen und unvermeidlichen Zusammenbruch des Holzarbeiterverbandes und der damit verbundenen Niederlage der Arbeiter. Als der Jahresbericht des Verbandes veröffentlicht wurde, hat sich diese Hoffnung als falsch erwiesen, und werden sich die Herren schon noch gedulden müssen, bis sie das Ende des Holzarbeiterverbandes festlich feiern können. In der letzten Zeit spitzt sich der Kampf immer mehr zu. Die Polizei ist sehr nervös geworden, und bei den sogenannten Konzentrationswerkstätten sieht es abends immer aus, wie um eine belagerte Stadt. Die Herren „Arbeitswilligen“ müssen ja geschickt und die zum Hungern Verurteilten auch noch bestraft werden, dafür, daß sie sich diese „Gelben“ in der Nähe betrachten wollen. Ebenso haben die Unternehmer in letzter Zeit eine eigene Streifbretchervermittlung errichtet, und suchen sie für dieselbe Tischler und Tapezierer bei „lohnender Beschäftigung“. In allen möglichen Zeitungen und in allen Teilen des Reiches inserieren sie und meinen, auf diese Weise die Aussperrten durch Zugereiste ersetzen zu können. Gleichzeitig schicken sie ihre Agenten hinaus in die Provinzstädte, um „Arbeitswillige“ anzuwerben. Bisher mit wenig Erfolg. Immerhin wird es gut sein, daß auch die deutschen Kollegen diesen Werbepersonen, wenn sie etwa irgendwo auftauchen, die nötige Beachtung schenken. Auch die Gewerkschaft der Tischlermeister in Wien, mit ihrem Vorsteher Wanderer an der Spitze, hat aktiv in den Kampf eingegriffen. Der Herr Vorsteher ließ in einer Genossenschaftsversammlung beschließen, daß statt dem geforderten Neustundentag ab 1. Mai 1909 der Zehnstundentag einzuführen sei. Er verschickte an alle Meister Blätker, in welchen sie aufgefordert wurden, diesen Beschluß einzuhalten. Tatsächlich fanden sich bis jetzt nur drei Unternehmer, welche die Verlängerung der Arbeitszeit einführten, oder, mit dem Zug auf die Arbeiter die Werkstätten verlassen. Der Herr Vorsteher hat, um seine Leute wiederzubekommen, die derzeitigen Forderungen der Gehilfen unterzeichnet und in seinem Betriebe eingeführt. So endet auch dieser Schachzug der Unternehmer mit einer Niederlage. Wie man sieht, sehen die Unternehmer alles daran, um die Gehilfen in Verlegenheit zu bringen. — Es ergeht daher an alle Kollegen der Appell, Wien zu meiden, damit der Kampf der Tischler, Maschinenarbeiter und Tapezierer nicht erschwert wird. —

Aus der Holzindustrie.

Eine verunglückte Maiaussperrung.

Einen bösen Reinfall haben die Münchener Schreinermeister anlässlich der diesjährigen Maifeier erlitten. Getreu der ihnen vom Arbeitgeberschutzverband in Berlin gegebenen Parole, haben sie in ihren Betrieben das vom Schutzverband herausgegebene Plakat angebracht, in welchem unter Berufung auf die Beschlüsse der Generalversammlungen des Arbeitgeberschutzverbandes denjenigen, die es wagen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen, die Aussperrung bis zum 6. Mai angedroht wird. Unsere Münchener Kollegen ließen sich aber nicht verblüffen. Denn wenn auch die Münchener Unternehmer die „Nachzeitung“ als ihr Publikationsorgan betrachten und diese die ihr erbetene Liebe dadurch vergilt, daß sie einem auf die Maifeier bezüglichen Briefchen aus München einen hervorragenden Platz einräumt und es mit anmutigen Worten begleitet, so geht doch dieses Verhältnis die Münchener Schreinergefellten durchaus nichts an. Sie stehen wohl in einem Vertragsverhältnis, aber nicht mit dem Arbeitgeberschutzverband für die Holzindustrie. Und die Beschlüsse, die dieser auf seinen Generalversammlungen faßt, sind für die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Münchener Schreinergewerbe ebenso gleichgültig wie die Plakate, die er herausgibt.

Die Münchener Schreiner haben also auf die Beschlüsse des Schutzverbandes der Holzindustriellen gebührendermaßen gepfiffen und in Stärke von etwa 2000 Mann

die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen. Die Mehrzahl der Unternehmer hat sich vernünftigerweise damit abgefunden, aber in 49 Betrieben wurden 767 Kollegen ausgesperrt. Diese Aussperrung bedeutet jedoch eine Verletzung des im Jahre 1906 mit dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe von München und Umgebung abgeschlossenen Vertrages, der im Jahre 1908 erneuert wurde. Deshalb ließen sich unsere Kollegen die Aussperrung nicht ohne weiteres gefallen, sondern appellierten an die im Tarif vorgesehene Instanz. Die zunächst angerufene Schlichtungskommission erklärte sich für unzuständig, es mußte also das Gewerbegericht in Funktion treten, welches am 5. Mai unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Gehler über den Gegenstand verhandelte.

Bei dieser Verhandlung wurde festgestellt, daß bei dem Tarifabschluß im Jahre 1906 eine mündliche Vereinbarung zwischen den Parteien getroffen wurde, nach welcher am 1. Mai gefeiert werden darf. Leider wurde diese Vereinbarung nicht protokolliert. Tatsächlich ist aber auf Grund dieser Abmachung wie früher schon, so auch in den Jahren 1906, 1907 und 1908 anstandslos gefeiert worden.

Vom Kollegen Ratih, der mit dem Kollegen Bleninger als Vertreter der Arbeiter vor dem Gewerbegericht erschienen war, wurde beantragt, den Leiter der damaligen Vertragsverhandlungen, Dr. Brenner, sowie die Mitglieder der damaligen Lohnkommission als Zeugen zu laden. Diese Ladung erübrigte sich aber, da der Gewerbegerichtsvorsitzende erklärte, Dr. Brenner sei bereit, auszusagen, daß bei den Verhandlungen im Jahre 1906 die Frage des 1. Mai von Ratih angeschnitten worden sei, daß aber der Sekretär des Arbeitgeberverbandes sich dagegen wehrte, daß dies in den Vertrag oder in das Protokoll aufgenommen werde. Die Vertreter der Arbeitgeber haben aber erklärt, bezüglich der Maifeier werde die Sache gehalten wie bisher. Und 1908 wurde erklärt, es bleibe alles beim alten. Hieran knüpfte Dr. Gehler den Ausdruck des Bedauerns, daß nicht vor der Beschlußfassung über die Aussperrung die Schlichtungskommission und das Einigungsamt angerufen worden seien. Das Einigungsamt kam dann einstimmig zu folgendem Schiedsspruch: „Die vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe aus Anlaß der Maifeier verfügte Aussperrung stellt eine Verletzung des § 9 Abs. 3 des Tarifvertrages vom Jahre 1908 dar. Die Arbeiter müssen also wieder eingestellt und es muß ihnen auch der Lohn für die Sperrungstage nachgezahlt werden.“

Dieser Beschluß des Münchener Gewerbegerichts ist eine bittere Pille für die Münchener Unternehmer, die nun ihren Arbeitern für das dreitägige Spaziergehen auch noch Lohn zahlen müssen. Der Spaß dürfte ihnen etwa 12 000 Mk. kosten. Aber das kommt davon, wenn man den Schachmachereien aus Berlin gar zu willig Gehör schenkt. Die „Nachzeitung“ hat dem bereits erwähnten Briefe aus München die Bemerkung angehängt: „Die Arbeitgeber werden schon dafür sorgen, daß die Wäme des Holzarbeiterverbandes nicht in den Himmel wachsen.“ Sie wird nun hoffentlich auch ein Trostwort für die betäubten Münchener Holzgeber finden. Vielleicht gibt sie bei der Gelegenheit ihrem Münchener Korrespondenten auch den Rat, er möge künftig nicht mehr so entstellte Berichte liefern. Denn besonders angenehm kann es ja nicht sein, in diesen Reinfall mitverwickelt zu werden.

Eine christliche Stellmacherkonferenz. Der christliche Holzarbeiterverband gibt sich redliche Mühe, die Einrichtungen unserer Organisation nachzuahmen. Jetzt hat er mit der Abhaltung von Branchenkonzerten begonnen, und zwar hat zunächst eine Konferenz der Stellmacher am 25. April in Düsseldorf getagt. Beschlossen wurde die Einsetzung einer Zentralkommission, von welcher zwei Mitglieder in Köln wohnen, während der dritte seinen Wohnsitz in Düsseldorf hat. Das Interesse, welches man im christlichen Verband der Stellmacherbewegung entgegenbringt, muß unsere Kollegen veranlassen, nach mehr wie seither ihrer Organisationspflicht eingedenk zu sein.

Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Baugewerbe beruft seine diesjährige Generalversammlung auf den 7. und 8. Juni nach Berlin. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Unsere Tarifpolitik; der Arbeitgeberschutzgesetzentwurf; Maifeier; die Reform der Arbeiterversicherung.

Ein freigebiger Möbelfabrikant. Der Frankfurter „Volksstimme“ wird aus dem Darmstädter Stadtparlament geschrieben: „Der in Arbeiterkreisen besonders geschätzte Kommerzienrat Glücker weiß, wie man andere für seine Möbel Reklame machen läßt. Der Herr Kommerzienrat hat „in großmütiger Weise“ die von Olbrich auf der Pariser Ausstellung herausgebrachte Damenzimmereinrichtung der Stadt Darmstadt zum Präsent gemacht. Nun möchte die Stadt diese Zimmereinrichtung im Hochzeitstraum aufstellen. Aber die Möbel sind derartig ramponiert, daß ihre Auffrischung allein über 1400 Mk. kostet. Der „hochherzige“ Geschenkgeber weigert sich, die Aufbesserungskosten zu zahlen. Der Stadtverordnetenversammlung wurde nun empfohlen, „in den sauren Apfel zu beißen“, wie der Referent ausführte, und die 1400 Mk., sowie weitere 700 Mk. für notwendige bauliche Veränderungen zu bewilligen. Und die guten Stadtväter haben zugestimmt. Sie zahlen über 2100 Mk., damit der „sehr arme“ Kommerzienrat, der als Lohnbrücker und Menschenfreund bekannt ist, für seine Möbel Reklame machen kann. Anstatt daß sie dem guten Mann sein „Geschenk“ vor die Füße geworfen hätten! Hoffentlich wird der „hochherzige“ Stifter noch Ehrenbürger Darmstadts, Das festt nämlich noch.“

Berliner Holzkontor zu Berlin. In der kürzlich abgehaltenen Generalversammlung wurde die Dividende auf 2 Proz. festgesetzt und auf die Bemängelungen verschiedener Aktionäre vom Vorsitzenden mitgeteilt, auch im

neuen Geschäftsjahre habe sich trotz des billigen Geldstandes die Bautätigkeit nicht gehoben. Zwar sei die Gesellschaft beschäftigt, aber noch nicht entfernt bis zur Höhe ihrer Leistungsfähigkeit.

Gewerkschaftliches.

Der Kürschnerverband hat auf seinem in Nürnberg abgehaltenen Verbandstage den Ausbau der seit her schon vorhandenen Krankenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung beschlossen. Für die Beiträge wurden vier Staffeln eingeführt, nämlich 60, 50 und 40 Pf. für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder. Die Sätze für Streikunterstützung wurden je nach der Beitragsklasse auf 2,50, 2,15, 1,80 und 1,45 Mk. täglich festgesetzt; die Gemahregelnenunterstützung beträgt in den vier Beitragsklassen täglich 3,50, 3, 2,50 und 2 Mk. Streikende und Gemahregelne erhalten für jedes Kind pro Woche 1 Mk. extra. Die Neueinrichtungen unterliegen noch der Bestätigung durch eine Urabstimmung. Nach entsprechenden Referaten wurde beschlossen, bei Lohnbewegungen möglichst auf Abschaffung der Akkordarbeit zu dringen und die Hausarbeit zu bekämpfen. Der vom Referenten gestellte Antrag, daß Hausindustrielle nicht Mitglied des Verbandes sein können, wurde vor der Abstimmung zurückgezogen. Der Verbandstag sprach sich für den Abschluß kurzfristiger

Tarifverträge und für die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises aus. Dem nächsten internationalen Kürschnerkongreß soll die Schaffung eines internationalen Streikfonds vorgeschlagen werden, zu welchem jede Organisation pro Mitglied und Jahr 1 Mk. beizufeuern hat. Auch soll die Verschmelzung des österreichischen Verbandsorgans mit dem „Kürschner“ angestrebt werden. Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg; zum Vorsitzenden wurde Schubert wiedergewählt.

Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter tritt mit dem 1. Juni ins Leben. Zum Vorsitzenden ist der seitherige Vorsitzende des Gärtnerverbandes, Georg Schmidt, bestimmt. Die Redaktion des Verbandsorgans übernimmt Franz Faust, bisher Arbeitersekretär in Forzheim. Als Gauvorsteher sind die seitherigen Angestellten auf dem Hauptbureau des Holzarbeiterverbandes Michael Reiditsch und Jakob Harder gewählt. Ersterer übernimmt die Agitation in Bayern, letzterer in Württemberg, Baden und Westdeutschland. Als Gauvorsteher für Mitteldeutschland fungiert Alfred Hille, seither hier in Witten i. Mark. Die Adresse des Verbandsvorsitzenden ist: Georg Schmidt, Berlin S.O. 16, Engelfufer 21 II.

Der Schmiedeverband beabsichtigt eine Geschichte der Schmiedebewegung herauszugeben. Der Vorstand des Verbandes erläßt aus diesem Anlaß einen Aufruf um Ueberlassung geeigneten Materials.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Zur Warnung für die Unterstützungszahler. Vor der Strafkammer in Chemnitz hatte sich kürzlich der Hausdiener Hermann Lindemann aus Mersburg wegen verschiedener Betrügereien zu verantworten, deren Opfer die Unterstützungszahler einiger Gewerkschaften geworden waren. Er hatte sich falsche Legitimationspapiere angefertigt und mit deren Hilfe die Gewerkschaftskassen gebrandschakt. Lindemann reiste auf den Namen Reßler und Baur, er hatte aber außer auf diese Namen; noch auf die Namen Heinemann, Niedermayer, Sauter, Schäfer und Klumpp lautende Legitimationspapiere bei sich.

Unter Anklage standen drei vollendete Betrügereien, begangen in Leipzig und in Chemnitz an Beamten des Holzarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes, und ein versuchter Betrug, bei dem er vom Beamten des Textilarbeiterverbandes in Chemnitz entlarvt und der Polizei übergeben wurde. Wahrscheinlich hat er noch weitere Betrügereien auf dem Kerbholz, die aber nicht entdeckt wurden. Wegen ähnlicher Streiche war der Angeklagte schon sechsmal bestraft worden; diesmal fand sein Vergehen eine harte Sühne. Wegen der Fälschung der Legitimationspapiere wurde auf sechs Wochen Haft erkannt; die Urkundenfälschungen und die Betrügereien aber bewertete das Gericht mit drei Jahren Zuchthaus und 575 Mk. Geldstrafe, die in weitere 70 Tage Zuchthaus umgewandelt wurden.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das vierte Quartal 1908.

Table with columns: Einnahme, Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen, Gesamt, Ausgabe, Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen, Gesamt. Includes sub-section 'Abchluss' with summary figures and a list of expenses.

Abrechnung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes für das Jahr 1908.

Table with columns: Einnahme, Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen, Gesamt, Ausgabe, Bei der Hauptkasse, Bei den Zahlstellen, Gesamt. Includes sub-section 'Abchluss' with summary figures and a list of expenses.

Berufsangehörigkeit der Mitglieder am Jahreschluss 1908.

Table with columns for profession (e.g., Tischler, Schlosser), location (e.g., Danzig, Berlin), and membership statistics for 1908 and 1907, including total and female counts, and percentage changes.

Am Schlusse des vierten Quartals 1908, zählte der Verband 811 Zahlstellen, das sind 10 mehr als im dritten Quartal und 24 mehr als am Schlusse des Jahres 1907.

Die Mitgliederzahl betrug im vierten Quartal 144 259, davon waren 141 235 männliche, 2967 weibliche und 57 jugendliche Mitglieder. Wegen des dritten Quartals sind dies 1442 männliche und 94 weibliche Mitglieder weniger, während die Zahl der jugendlichen Mitglieder von 50 auf 57 gestiegen ist.

Von den größeren Zahlstellen haben folgende eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen:

- Danzig 30, Elbing 15, Stettin 85, Liegnitz 16, Frankfurt a. O. 26, Ludenwalde 82, Nixdorf 20, Eisenburg 18, Leipzig 244, Zwickau 20, Halle 18, Magdeburg 26, Bremen 119, Herford 52, Melle 19, Dohnhausen 18, Düsseldorf 40, Köln 78, Frankfurt a. M. 19, Saarbrücken 87, Zürich 87, München 81.

Tagegen haben unter anderem folgende Zahlstellen einen Verlust aufzuweisen:

- Tilsit 30, Bismar 17, Breslau 41, Glogau 32, Langens 15, Berlin 65, Charlottenburg 19, Kottbus 46, Oberswalde 21, Guben 15, Potsdam 16, Spandau 35, Kreuzenbrücken 29, Cunnersdorf 15, Meissen 23, Zittau 22, Chemnitz 68, Klingenthal 26, Schmöln 21, Schönheide 66, Gotha 32, Lauterberg 16, Helmstedt 27, Bremerhaven 36, Delmenhorst 25, Flensburg 50, Hamburg 330, Garburg 18, Kiel 68, Lübeck 19, Lüneburg 23, Wegefall 28, Dielefeld 24, Siedesheim 25, Minden 18, Osnabrück 10, Dortmund 27, Duisburg 51, Hagen 41, Koblenz 38, Darmstadt 35, Söckst 29, Ludwigshafen 31, Mainz 38, Mannheim 34, Meß 26, Wiesbaden 24, Worms 47, Eßlingen 28, Freiburg i. B. 35, Mülhausen i. G. 63, Pforzheim 16, Schramberg 16.

Wie die Gesamtzahl der Mitglieder am Jahreschluss 1908 sich auf die einzelnen Berufe sowohl als auf die einzelnen Gauen verteilt, ist aus der beigefügten Tabelle zu ersehen, in welcher gleichzeitig die Zunahme und Abnahme der einzelnen Branchen gegen das Jahr 1907 angegeben ist.

Neu aufgenommen wurden im vierten Quartal 6823 männliche (10 126 im vierten Quartal 1907), 232 (428) weibliche und 24 (6) jugendliche Mitglieder, im ganzen Jahr 82 038 (42 608) männliche, 1251 (1997) weibliche und 67 (66) jugendliche, zusammen 33 356 (44 671) Mitglieder. Ein Mitgliederzunahme ist trotz dieser Aufnahmen im Jahre 1908 nicht zu verzeichnen, sondern eine Abnahme von 3233, folglich sind 36 589 Mitglieder im Jahre 1908 (48 806 im Vorjahre) durch Austritt, Todesfall, Streichung usw. dem Verbands verloren gegangen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitglieder am Jahreschluss beträgt die Fluktuation 25,4 Proz., gegen 33,1 Proz. im Vorjahr.

Die Summe der vereinbarten Wochenbeiträge betrug im vierten Quartal 802 300 Mk., im vorausgegangenen dritten Quartal 816 413 Mk. Im vierten Quartal 1907 wurden 838 216 Mk. für Beiträge vereinnahmt.

Von den männlichen Mitgliedern wurden in diesem Quartal 1587 623 Beiträge à 50 Pf. entrichtet, von den weiblichen Mitgliedern 33 540 à 25 Pf. und von den jugendlichen Mitgliedern 616 Beiträge à 25 Pf.; hiernach entfallen auf das einzelne männliche Mitglied 11,2 Beiträge gleich 86,2 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne

weibliche Mitglied 11,3 Beiträge gleich 86,9 Proz. des Vollbeitrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 10,8 Beiträge gleich 83,1 Proz. des Vollbeitrages.

Für das ganze Jahr 1908 beträgt die Gesamtsumme der Beiträge 3 216 850 Mk. (3 309 361 Mk. im Vorjahre), wovon 35 804 Mk. (40 017 Mk.) auf die weiblichen und 552 Mk. (614 Mk.) auf die jugendlichen Mitglieder entfallen. Die Mitgliederzahl im Durchschnitt der vier Quartale betrug 143 125 (145 983) männliche, 3163 (3459) weibliche und 49 (60) jugendliche, es entfällt demnach auf das einzelne männliche Mitglied eine Beitragssumme von 22,22 Mk. gleich 85,5 Proz. des Vollbeitrages, auf das einzelne weibliche Mitglied 11,32 Mk. gleich 87,1 Proz. des Vollbeitrages und auf das einzelne jugendliche Mitglied 11,26 Mk. gleich 86,6 Proz. des Vollbeitrages.

Die auf das einzelne Mitglied entfallende Beitragssumme erreicht fast die gleiche Höhe wie in den Vorjahren, trotz der großen Arbeitslosigkeit, woraus geschlossen werden kann, daß die Mitgliederzahl eher zu niedrig als zu hoch gezählt ist.

Unter den Ausgaben des Jahres 1908 steht die Arbeitslosenunterstützung mit 933 605 Mk. an der Spitze. Dieselbe hat sich gegen das Vorjahr um 457 503 Mk. gleich 96,1 Proz. gesteigert. Ebenso haben die übrigen Unterstützungsweige mit Ausnahme der Streifenunterstützung und des Rechtschutzes zum Teil erheblich höhere Ansprüche an die Verbandskasse gestellt, wie aus folgender Aufstellung ersichtlich ist:

Table comparing 1908 and previous year expenditures for Arbeitslosenunterstützung, Reiseunterstützung, Gemahregeltenunterstützung, Unterstützung in Sterbefällen, Umgangunterstützung, and Notfallen.

Diese sechs Unterstützungsarten haben sich gegen das Vorjahr um 509 052 Mk. erhöht, während die Ausgaben für dieselben Unterstützungen im Vorjahre im ganzen nur 713 809 Mk. betragen. Die Streifenunterstützung erforderte die Summe von 273 428 Mk., gegen 2 250 297 Mk. im Vorjahre. Die Ausgaben für Rechtschutz sind um 5416 Mk. hinter denen des Vorjahres zurückgeblieben.

Die Summe, welche für Krankenunterstützung im Jahre 1908 ausgegeben wurde, betrug 599 312 Mk., in den letzten beiden Quartalen des Jahres 1907 seit der Einführung dieses Unterstützungsweiges betrug dieselbe 175 833 Mk.

Von der Reiseunterstützung entfallen 12 065 Mk. (10 836 Mk. im Vorjahre) auf die Aufenthaltsunterstützung. Dieselbe ist in diesem Jahre insgesamt an 8933 (7760) Empfänger ausgezahlt, und zwar an 559 je für drei Tage, 1954 je für zwei Tage und an 6390 je für einen Tag. Von den Empfängern entfallen auf die in Betracht kommenden Zahlstellen: Berlin 1030, Breslau 74, Dresden 423, Hamburg 861, Köln 752, Leipzig 743, München 783, Bremen 449, Chemnitz 131, Düsseldorf 573, Elberfeld 173, Frankfurt a. M. 696, Halle 204, Hannover 483, Königsberg 6, Magdeburg 239, Nürnberg 606, Stettin 149, Straßburg 141 und Stuttgart 418.

Der Rechnungsabluß des Jahres 1908 ergibt eine Mehreinnahme von 97 249 Mk. und einen Kassenbestand

für das Jahr 1909 von 1 907 636,56 Mk. Zusammen mit den Beständen der Gau- und Lokalkassen stellt sich der Vermögensbestand des Verbandes am Jahreschluss wie folgt:

Table showing assets: Verbandskasse (1 907 636,56 Mk.), Gaukassen (7 507,55 Mk.), Lokalkassen (1 282 463,82 Mk.), Total (3 147 607,93 Mk.).

Gegen das Vorjahr mit 2 712 800 Mk. Vermögensbestand ergibt sich also eine Vermehrung desselben um 435 307 Mk.

Anschließend bringen wir wieder eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der

Lokalkassen im Jahre 1908:

Einnahmen:

Table of local cash receipts: Kassenbestand vom vierten Quartal 1907 (898 111,36 Mk.), 20 Prozent der Verbandsbeiträge (640 070,50 Mk.), Lokalbeiträge (1 564 448,18 Mk.), Einnahmen für Vergütungen (29 075,89 Mk.), Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Hauptkasse) (1 316 040,36 Mk.), Total (4 447 746,29 Mk.).

Ausgaben:

Table of local cash expenditures: Lokalunterstützung an Reisende (25 886,49 Mk.), Arbeitslose (475 405,28 Mk.), Streifende (157 883,49 Mk.), Kranke (265 969,71 Mk.), Gemahregelte (22 596,10 Mk.), in sonstigen Fällen (76 301,88 Mk.), für Extrabeiträge an die Hauptkasse (27 369,17 Mk.), Streitigkeiten anderer Gewerkschaften (3 644,41 Mk.), Agitation, Vorträge, Bibliothek usw. (88 662,66 Mk.), Verwaltungskosten, persönliche sächliche (867 159,33 Mk.), Beiträge an Gewerkschaftsstellvertreter und Sekretariate (86 573,09 Mk.), Ausgaben für Vergütungen (32 893,66 Mk.), Sonstiges (inkl. Guthaben bei der Hauptkasse) (1 419 922,66 Mk.), Gesamtausgabe (3 215 282,47 Mk.).

Kassenbestand für das erste Quartal 1909:

Table of cash balance for Q1 1909: Angelegt (910 687,72 Mk.), In bar (821 776,10 Mk.), Total (1 732 463,82 Mk.).

Zusammen . . . Mk. 4 447 746,29

Berlin, den 5. Mai 1909.

Der Verbandsvorstand.

In dem in Nr. 19 der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das zweite Halbjahr 1908 ist bei der Zahl der vom Gauvorstand Dresden in Zahlstellen veranstalteten Versammlungen ein Schreibfehler unterlaufen: es muß nicht 86 sondern 186 heißen. Es erhöht sich demzufolge die Gesamtzahl dieser veranstalteten Versammlungen um 100 und beträgt die Steigerung gegenüber dem vorigen Halbjahr 416.

Wir bitten, dies beachten zu wollen.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(E. G. 8 in Hamburg). Einnahme im April.

Ueberschüsse sandten ein: Breslau 600 Mk., Aschaffenburg, Erlangen, Kirchheim je 300 Mk., Heidelberg 260 Mk., Gonnevitz 250 Mk., Eilenburg 245 Mk., Ebingen, Gebelsberg, Gohlitz, Riesa, Sellenhausen, Vallendar je 200 Mk., Schmöln 175, Bombach, Ebersbach, Osterwieck, Pieschen, Hohenburg, Stettin, Wittingen, Witten je 150 Mk., Bremerhaven, Waldheim je 125 Mk., Penzance 120 Mk.,

Wauken, Blankenburg a. Harz, Breitenheim, Köthen, Kottbus, Kröllwitz, Quisburg, Emmerich, Friedenau, Göllich, Gr.-Dobritz, Hussenhofen, Johannsberg, Kleinsausen, Kufschena, Mariendorf, Meiderich, M.-Glabbach, Niesitz, Dettingen, Odenburg, Plauen i. V., Solminster, Schaale, Wilsdruff, Wingen, Wintersdorf, Zeulenroda je 100 Mk., Pössau 80, Arnstadt, Koburg, Döbeln je 75 Mk., Wolba, Trais je 70 Mk., Fulda, Sellern, Kirchdetmold, Wetterzeube je 60 Mk., Ufersleben, Gaffelbach, Hohenschönhausen, Nienden, Kostof, Schleusingen, Strahlen je 50 Mk., Unterbödingen 46 Mk., Debschütz 40 Mk., Jadenburg 35 Mk.

Table of contributions: Summe der Ueberschüsse (9 156,00 Mk.), Beiträge von Einzelmitgliedern (2 848,20 Mk.), Eintrittsgeld (19,70 Mk.), Zinsen von Kapitalien (6 481,50 Mk.), Sonstige Einnahmen (977,80 Mk.), Gesamteinnahme (19 427,70 Mk.).

Ausgabe im April.

Zuschuß erhielten: Berlin F 2000 Mk., Berlin E 1800 Mk., Berlin D, München III, Offenbach je 800 Mk., Gelsenkirchen 550 Mk., Stuttgart 500 Mk., Augsburg, Chemnitz, Düsseldorf, Ehrenfeld, Frankfurt a. M., Saar-

Arbeitslosigkeit im Monat April 1909.

den, Karlsruhe, Lindenau, Mühlberg, Schw.-Gmünd, Schweinau je 400 Mt., Koblenz, Dresden N., Friedrichs-

Table with columns: Gau, Zahl der Arbeitslosen, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstüttung haben erhalten. Includes rows for Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, etc.

Summe der Zuschüsse 28 945,- Mt. Krankengeld an Einzelmitglieder 3 685,80 Mt. Sterbegeld 324,- Mt. Sonstige Ausgaben 3 665,79 Mt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

Im April sandten Ueberschüsse ein: Bergedorf 300 Mt., Lumnühle 200 Mt., Reih 200 Mt., Kaiserlautern 150 Mt., Schweidnitz 150 Mt., Summa 1000 Mt.

Die Zahlstellen, welche nicht berichtet haben, sind: Marienburg, - Dikow, Demmin, Grabow, Lassan, - Festenberg, - Glaz, - Strehlen, - Kallberge, Potsdam, Schneidemühl, Velten, - Eisenach, - Hildburghausen, - Schmalkalden, - Sonneberg, - Bitterfeld, - Gelnhausen, - Stahfurt, - Bielefeld, - Cuxhaven, - Grotorf, - Neustadt in Holstein, - Minden, - Walsrode, - Castrup, - Herne, - Diedenhofen, - Eberbach, - Grünstadt, - Feucht, - Wittwig, - Deggendorf, - Donauwörth, - Lam, - Rosenheim, - Weilheim, - Althorn, - Althorn, - Walingen, - Holzgerlingen, - Konstanz, - Dos und Troffingen.

Zur besseren Uebersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit fügen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:

Table comparing unemployment numbers for various months from 1905 to 1909, showing trends and ratios.

Briefkasten. Infolge Raummangels mussten Einsendungen aus Darmstadt, Flensburg, Kiel, Magdeburg und Mainz für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Berufsvereins-Anzeiger. Frankfurt a. M., Wagner, Samstag, den 22. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Sektionsversammlung im Gewerkschaftshaus, Kolleg 6.

Anzeigen. Donauwörth. Die Reiseunterstützung wird im Gasthaus zur Traube ausbezahlt, abends 7-8 Uhr.

Lübeck. Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Schlosser, Maschinenmacher und Schmiedelehrer...

Dresden. Reiseunterstützung zahlt Robert Müller, Wirtschaft zur Linde, Eibinghäuserstr. An Wochentagen 7-8 Uhr abends, Sonntags 12-1 Uhr mittags.

Hof. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich bei Begüntherberg 10. Wir suchen die Kollegen, nur unseren Nachweis zu demigen. Um schauen streng verboten.

Schwerin i. Meckl. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schweriner Gewerkschaftshaus, Gr. Moor 61, geöffnet 8 1/2-7 1/2 Uhr abends. Um schauen streng verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Ethner, Hermannstraße 22, vorn part. Um schauen ist strengstens verboten.

Karl Eiken aus St. Rupprecht, Desterreich, wird gesucht, wegen Zeugnische seine Adresse zu senden an Johann Wilmhuber, Strich III, Mattingasse 16.

Ein tüchtiger Drechsler auf Maschinenarbeit findet sofort dauernde Beschäftigung. Peter Koch, Horn i. Lippe.

Gestellarbeiter auf Peddigrohr sucht Friedrich Wurgt, Brandenburg a. S., Wäckerstr. 28.

1-2 Korbmacher auf Geschlagenes und etwas Stellarbeit sofort gesucht. Herm. Grunert, St. Gallen, Schweiz, Speifergasse 7.

Jüngerer tüchtiger Korbmacher auf Matt u. Geschlagenes sucht Kurt Schlitter, Dresden, Neisewitzerstr. 21.

3 tüchtige jüngere Korbmacher auf Mattarbeit und Geschlagenes erhalten sofort dauernde Arbeit bei Witwe Pauline Winkler, Gerichsdorf i. Riesengeb.

2 Korbmachergehilfen auf Gestellarbeit, moderne Peddigmöbel, stellt sofort ein bei hohem Lohn. Valentin Glesser, Hamm, Rheinfelden.

Tüchtiger jüngerer Korbmachergehilfe auf geschlagene Arbeit und Reparaturen findet gutbezahlte Stelle.

Jüngerer Korbmacher auf Geschlagenes und etwas Reparatur für dauernde Beschäftigung gesucht. Reisegeld wird vergütet. W. Falk, Korbgewerbe, Meisdorf, Holstein.

Mehrere Korbmacher in Rohrmöbel perfekt, stellt sofort ein W. Wetter, Buchshausen 58 bei Leipzig.

Bürstenmacher, der in allen Fächern bewandert ist, wird gesucht. Dr. Moske, Güter a. d. Weser.

Gesucht ein tüchtiger Bürstenmacher, evtl. verheiratet, bei dauernder Arbeit. Ernst Haase, Lübeck, Steinwader Weg 80c.

2 tüchtige Nagler für Holzschuhe gesucht. Carl Aug. Menge, Hannover, Laubensfeld 18.

Maschinenmeister für Lohnschreinerie, durchaus selbständig u. an all. Masch. erf., gef. Bei Tüchtigkeit ist Geleg. zur Ueberr. d. Betriebes. Off. unt. K. L. 151 an Exp. d. Btg.

Hau- u. Möbeltischlerei mit Magazin, Grundstück und Garten billig zu verkaufen. Wm. Claus, Landsberg, Bez. Halle.

Größte deutsche Tischler-fachschule Detmold. Neu. Ausbildung. Progr. frei. Zum Selbstunterricht empfehle: Die Stilllehre f. Tischler, mit 100 Abbild. aller Stilarten. Mk. 4. Direktor Reinhold, Detmold.

Bauschule Rastede i. Oldb. Erfolgreiche Vorbereitung auf die Meisterprüfung in einem Winter. Besondere Uebungen für Tischler. Programme frei.

Suche per bald eine gutgehende Tischlerei zu kaufen auf dem Lande oder kleinen Stadt. Offerten unter R. E. 153 an d. Exp. d. Holzarb.-Btg.

Hobelbänke Furnierschraubböcke Schraubknechte Schraubzwingen. fabrizieren billig. Preislisten gratis.

Quittungs-Marken und Kautschuk - Stempel. Liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70. Ein Lehrmittel für den Treppenbau...

Paul Horn, Politur- u. Lackfabrik Hamburg 23. zwei deutsche Reichspatente. Nach meinem durch Verfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzlöslichem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt. Das durch wird erreicht: eine sofortige Porenfüllung. erspart Material, Zeit, Arbeit, erzielt: edlen, unverschleierten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Maserung, volle Schönheit des Holzes, vermeidet Oelanschwitzen, Rissigwerden der Politurdecke, weisse Flecke, sowie Einschlagen der Politur. Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reine, unverfälschte Schellack-Politur verwendet. Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Zupolieren der Poren spritzlösliches Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeboten oder verkauft wird. Ich versende zum Versuch ein Körbchen enthaltend: 1 Flasche Marmor-Mono-Politur-Extrakt zum Grundpolieren, 1 " Neutral-Schellackpolitur-Extrakt zum Mittel- und Feinpolieren, 1 " Patent-Politur zum Reinpulieren, 1 " allerfeinsten Politur-Glanzack, blond, zum Ausziehen von Kehlleisten usw., 1 " allerfeinsten Kristall-Glanzack, blond (Stuhlack, Drechsler-, Bildhauerlack), Schleif- und Polieröl, gelblich, 1 Dose Porenfüllpulver, feinste Marke "Hornol", 1 Porenfüllpulver, gemischte Qualität "Marmor-Mono", 1 Bimstein-Polierpulver, hellnussbraun, 1 Tübe Inkrustationskitt (Holzkitt), blond, zum Auskitzen schadhafter Holzstellen, 1 Stück Korkschleifklotz, 120x75x30 mm. zum Ausnahmepreis von 8 Mark franko inkl. Emballage gegen Nachnahme. Ich übernehme jede Garantie für die Güte der Ware und für ein gutes Resultat. Bei Bestellungen genügt die Angabe: 1 Postkollo zum Versuchspolieren à 8 Mark. Mein Lehrbuch des Holzes enthält in markiger Werkstattdrucke fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollendungsarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel. Empfohlen und glänzend beurteilt von Prof. Dr. Mellmann-Berlin, Prof. Dr. Ottokar Lenecek-Brünn, Prof. Ch. Herm. Walde-Warmbrunn, Prof. Rudolf Hammel-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), k. k. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor J. Gossmann, München. Preis Mk. 1.50. Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet. Werkstattplauderei. Fachzeitschrift für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mark.